

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1925

11.3.1925 (No. 70)

Badischer Beobachter

Ercheint einmal täglich, auch Sonntags (als Morchenblatt). Beilagen: „Blätter für den Familienrat“, „Kunst und Wissen“, „Frauenrundschau“ und „Stern und Blumen“. Schluss der Anzeigenannahme: nachm. halb 6 Uhr. — Erhebter: Reichsdruckerei 533, Redaktion 572. — In Fällen von bösserer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bezugspreis: monatlich durch Träger Mk. 2.30 (bei der Abbestellung in Karlsruhe Mk. 2.20), wochentl. Einzelnummer 10 Pfg., Sonntag 15 Pfg. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf der Monatsfrist erfolgen. Anzeigenpreis: 1spaltig, 1 mm hoch, 8 Pfg., im Restanten 25 Pfg. Kleine und Familien-Anzeigen 5 Pfg. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Redukt., der bei zweimonatlicher Bestellung und bei Kontoführ. wegfällt.

Vor der Entscheidung des Zentrums.

Die Beratungen in Berlin.

(Eigener Drahtbericht)

J. H. Berlin, 10. März.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums ist heute in Berlin zusammengetreten. Die Sitzung wird in der Hauptsache eine Vorbesprechung zur Präsidentschaftswahl darstellen. Die Entscheidung in der Angelegenheit ist bekanntlich dem Reichsparteiausschuss vorbehalten, der am Mittwoch in Berlin zusammentritt. In dieser Tagung wird das Problem der Reichspräsidentenwahl von Grund aus erörtert werden; zu welcher Entscheidung der Reichsparteiausschuss gelangen wird, läßt sich natürlich heute noch nicht bestimmen, doch ist aus den Äußerungen der bereits heute in Berlin eingetroffenen Delegierten aus dem Lande die Ueberzeugung zu gewinnen, daß die Zentrumswählererschaft allgemein mit der Kandidatur Marx rechnet.

In der Frage der Reichspräsidentenwahl sind heute zwei neue Momente in Erscheinung getreten. Einmal hat Staatssekretär von Löbell der Anregung der Demokraten folgend das Zentrum und die demokratische Partei aufgefordert zu einer Besprechung mit dem sogenannten Löbelausschuss, die am Mittwoch vormittag stattfindet, Vertreter zu entsenden, die möglichst weitgehenden Vorschläge machen. Andererseits hat die Zerstückelung im Lager der Verfassungsparteien, den Bundesvorstand des Reichsbanners veranlaßt, den Vorsitzenden Oberpräsident Göring nach Berlin zu entsenden, um in Verhandlungen mit dem Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten eine gemeinsame Kandidatur dieser Parteien zu erreichen. Doch erscheint es im Hinblick auf die bereits weit vorgeschrittene Entwicklung der Dinge sehr fraglich, ob die Bemühungen Görings zu einem Erfolg führen werden.

Die Anregung der Demokraten, den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons als gemeinsamen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufzustellen, hat auf der rechten Seite keine Gegenliebe gefunden. In der Berliner Rechtspresse wird die Ehrlichkeit dieses Vorschlags stark angezweifelt. Man verachtet zwar, daß, wenn der Vorschlag ernsthaft gemeint sei, er durchaus zu begrüßen sei, erklärt dann aber sofort, daß Dr. Simons nicht die geeignete Person sei, sondern der von den Rechtsparteien vorgezeichnete Kandidat Dr. Jarres. Wir glauben, daß die Vertreter des Zentrums und der Demokraten in der morgigen Sitzung keinen Zweifel darüber lassen werden, daß Dr. Jarres nicht die Voraussetzungen erfüllt, die man an einen Kandidaten für das höchste Amt in der Republik stellen muß. Andererseits ist aber auch damit zu rechnen, daß der Vorschlag der Demokraten bei den gemeinsamen Besprechungen am Mittwoch Annahme finden wird. Darnach muß man also, wie die Dinge heute liegen, damit rechnen, daß wenigstens für den ersten Wahlgang die Reichsparteien mit einer gemeinsamen Kandidatur Jarres auftreten werden, nachdem sie die Kombination Stegerwald offenbar wieder fallen gelassen haben, während die übrigen Parteien Einzelkandidaturen aufstellen werden. Das hat mit ziemlicher Sicherheit die Notwendigkeit eines 2. Wahlganges hervorgerufen. Welche Kombinationen für diesen 2. Wahlgang in Betracht kommen, läßt sich natürlich noch nicht sagen.

Marxerneu Ministerpräsident

Berlin, 10. März. In der heutigen Sitzung des preussischen Landtages erhielt Marx von 443 abgegebenen Stimmen 222, Dr. von Richter 150, Tiedö (K.) 42, Landendorff (Wirtsch. Bg.) 16, Körner (D.F.P.) 11; eine Stimme war unguiltig. Der Präsident stellte fest, daß Herr Marx die absolute Mehrheit habe und zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt sei.

Ein Zwischenfall im preussischen Landtag.

(Eigener Drahtbericht)

J. H. Berlin, 10. März.

Bei der heutigen Wahl des preussischen Ministerpräsidenten ereignete sich bei der

Stimmabzählung ein kleiner Fehler, der beinahe ernste Folgen gehabt hätte. Es waren nämlich 443 Stimmzettel abgegeben worden. Die absolute Mehrheit betrug 222 Stimmen, die ja auch tatsächlich von den für Marx stimmenden Parteien aufgebracht wurde. Auf Grund der ersten Auszählung teilte der Präsident mit, daß für Marx 232 Stimmen abgegeben seien. Im Lager der Mehrheitsparteien brach über diese unerwartete Mehrheit ein Beifallssturm los, während es auf der rechten Seite verärgerte Gesichter gab. Dann setzte alsbald auf der rechten Seite ein lebhaftes Rätselraten darüber ein, wo die 10 überzähligen Stimmen herkommen könnten. Einige deutsch-nationale Abgeordnete mutmaßten, daß etwa die Volkspartei 10 Stimmen abkommandiert haben könnte. Zwischen den deutsch-nationalen Vätern und den Reichen der Volkspartei entspann sich hierüber ein lebhafter Wortwechsel.

Man entwickelte offenbar bereits allerlei interessante Zusammenhänge zwischen der Wahl des Ministerpräsidenten und der im Vordergrund des politischen Interesses stehenden Reichspräsidentenwahl. Schließlich löste sich aber der ganze politische Streit mit allen seinen mutmaßlichen Follgerungen dadurch in Wohlgefallen auf, daß Präsident Partels nachträglich den Rechenfehler bekanntgab und verkündete, daß Marx nicht 232, sondern 222 Stimmen erhalten habe. Viel Eifer war also umsonst vertan.

Der Eisenbahnerstreik.

Keine wesentliche Änderung der Lage.

Berlin, 10. März. Der Streik der Eisenbahner hat in den letzten 24 Stunden nur ganz unwesentlich zugenommen. Im Eisenbahndirektionsbezirk Dresden sind die Güterbodenarbeiter der Bahnhöfe Zwickau, Glauchau und Bautzen in den Streik getreten. Das Gleiche gilt vom Reichsbahndirektionsbezirk Breslau, wo auf den Bahnhöfen Görlitz und Koblitz die Arbeiter ruht. Dagegen hat sich in Berlin am heutigen Dienstag früh die Lage in keiner Weise geändert. Die erwartete Verschärfung in diesem Eisenbahndirektionsbezirk ist bisher noch ausgeblieben. Nach den Mitteilungen der Direktion Berlin beläuft sich die Zahl der Streikenden auf den Groß-Berliner Eisenbahnhöfen auf genau 721, an deren Stelle Anstaltspersonal in genügender Zahl bereit stand. An zuständiger Stelle wird weiterhin Wert auf die Feststellung gelegt, daß der Berliner Gütergutverkehr, vor allen Dingen auch mit Lebensmitteln, keinerlei Beeinträchtigung durch die Bewegung erfährt, jedoch nicht die geringste Gefahr für die Versorgung Berlins besteht. Auch der Frachtgüterverkehr wird nach wie vor bearbeitet. Weder im Güter-, noch im Personenverkehr seien Störungen zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der streikenden Eisenbahner im Reich wird von der Hauptverwaltung auf Grund der am Montagabend getroffenen Feststellungen auf 6000 Mann beziffert, was bei einer Gesamtbelegschaftsstärke von 430 000 Eisenbahnerbeitern einen Prozentsatz von 1,54 bedeuten würde. Sachsen ist dabei allein mit 5400 Streikenden beteiligt. Offiziell ist bisher von einem bevorstehenden Vermittlungsschritt des Reichsarbeitsministeriums noch nichts bekannt geworden, doch wird in beteiligten Kreisen allgemein angenommen, daß die Regierungserklärungen in der heutigen Sitzung des Verkehrsauausschusses des Reichstages, der sich mit dem Streik beschäftigt wird, über die Vermittlungsfrage Klarheit bringen werden.

Die Entscheidung im Eisenbahnerstreik.

Berlin, 10. März. Wie wir hören wird sich heute der Verkehrsauausschuss des Reichstages mit der Streikbewegung der Eisenbahnerbeiters beschäftigen. Der Reichsarbeitsminister und der Verkehrsminister werden bei den Besprechungen zugegen sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man den Schlichter zu Rate zieht, bevor eventuell von Seiten der Streikleitung die allgemeine Parole zur Arbeitsniederlegung ausgegeben wird. Jedenfalls wird sich erst morgen entscheiden, ob der Streik allgemein werden wird, da zu morgen mittag die Ausschüsse der vertrauensvollen Organisationen nach Berlin einberufen sind, um endgültig Stellung zur Lage zu nehmen.

Beginn des zweiten Rothardtprozesses.

Magdeburg, 10. März. Vor der Strafkammer des Landgerichts Magdeburg hat heute die Verhandlung gegen den Redakteur Rothardt von der „Mitteldeutschen Presse“ in Staßfurt wegen Verleumdung des Reichspräsidenten begonnen. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Rudolph, eröffnete gegen 10 Uhr 30 die Sitzung. Vor Eintritt in die Verhandlungen gab Rechtsanwält Binderwald eine Erklärung ab, in der er ausführte, daß es sich in diesem Prozeß nicht um den Menschen Ebert, sondern um den Ebert als Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei handle. Die Verteidigung bedauerte, daß das Verfahren nach dem Tode des Reichspräsidenten, besonders so bald nach dem Tode, weitergeführt werden müsse. Die Verteidigung sei in verleumderischer Weise angegriffen worden, und man habe einen gewissen Druck auszuüben versucht. Das deutsche Volk habe einen Anspruch nicht nur auf Klarstellung des Verhaltens des sozialdemokratischen Parteivorstandes im entscheidenden Kriegsjahre, sondern auch auf grundsätzliche Klarstellung der Kampfesweise, die in diesem Prozeß zur Anwendung gekommen sei und die sich nicht wiederholen dürfe, wenn Deutschland ein Rechtsstaat in Europa bleiben wolle. Darauf leitete der Vorsitzende die Verhandlung mit der Erklärung ein, daß die Nebenklage durch den Tod des Nebenklägers erledigt sei. Nach der Verlesung des erstinstanzlichen Urteils (Begründung) teilte der Vorsitzende mit, daß erst morgen in die Beweisaufnahme eingetreten werde. Geladen sind dazu u. a.: Generalleutnant a. D. Gröner, Reichsminister a. D. David, Oberpräsident Postel-Garnhorst, Kriegsminister a. D. von Stein und Generalmajor Wisberg.

Botschafter von Maltzahn über den Dawesplan.

New York, 10. März. Botschafter von Maltzahn erklärte nach seiner Ankunft Pressevertretern, Deutschlands Hoffnungen seien in dem Dawesplan verankert, den es im guten Glauben angenommen habe. Deutschland werde in seinem Geiste handeln. Der Dawesplan habe dazu beigetragen, die deutsche Wirtschaftsmaschine wieder in Gang zu bringen, was nötig war, um die Ordnung wiederherzustellen. Allerdings sei noch ein weiter Weg bis zur Erreichung des internationalen Friedens und der Harmonie in Europa zurückzulegen. Er komme als Bote des guten Willens und guten Glaubens nach Amerika. Seine Hauptaufgabe als Botschafter werde darin bestehen, die Ausführung des Dawesplanes zu verbürgen. Diese seine Aufgabe sei der führende Gedanke seiner Instruktionen und der Schlüssel seiner Arbeit. — Baron von Maltzahn ist nach Washington weitergereist.

Die Völkerverbundstagung.

Die erste öffentliche Sitzung.

Genf, 10. März. Die erste öffentliche Sitzung des Völkerverbunds, deren Beginn durch eine Unterredung zwischen Sir Eric Drummond und dem belgischen Außenminister Snymans verzögert wurde, begann heute vormittag 11 Uhr. Als erster nahm Chamberlain an der Spitze des Tisches Platz, rechts neben ihm Briand und Scialoja, links daneben Sir Eric Drummond und Tschü. Die ständigen Mitglieder des Rates sitzen an der Schmalseite. Chamberlain eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf auf den verstorbenen Ministerpräsidenten Branting. In letzter Stunde wurde beschlossen, die Ankunft des schwedischen Ministers Uden, der am Mittwoch eintrifft, nicht abzuwarten.

Hierauf verlas der bisherige Vorsitzende, der Brasilianer Mello Franco, das Danktelegramm der schwedischen Regierung auf das Beileid des Völkerverbundes. Der schwedische Vertreter, Stenborg, sprach Chamberlain den Dank für seine warmen Worte aus; auch nach dem Tode Brantings bleibe Schweden dem Völkerverbund treu. Briand berichtete dann über die Unterbringung der arischen Flüchtlinge aus der Türkei. Auf der Tagesordnung der heutigen Vormittagsitzung steht weiter der Bericht der Wirtschafts- und Finanzkommission, der Bericht der beiden General-

kommissare über den Wiederaufbau Oesterreichs und Ungarns, sowie der Bericht über die Opiumkonferenz und die Februar-tagung der Verbindungskommission, die sich mit der privaten Herstellung von Kriegsmaterial befaßt.

Der Wiederaufbau Oesterreichs.

Genf, 10. März. Im weiteren Verlauf der Völkerverbundstagung richtete Briand einen Appell an die privaten Wohltätigkeitsgesellschaften, den griechischen Flüchtlingen ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen. Durch die Zeichnung einer 10 Millionen-Frundenleihe in London, New York und Athen wäre die Lage der Flüchtlinge zwar wesentlich erleichtert worden, aber die Mittel reichten ohne private Hilfe zu einer entschiedenen Verbesserung der Lage der Flüchtlinge nicht aus. Ueber die Arbeiten der Wirtschaftskommission berichtete Snymans und erwähnte u. a. die Arbeiten für eine internationale Konvention zur Vereinfachung der Zollformalitäten, über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, Schiedsgerichtsklauseln bei privaten Handelsablässen und sprach zuletzt über die Entlastung zu erzielende Hilfe in seiner Finanz- und Staatspolitik. Bei der Besprechung des Berichts über den Wiederaufbau Oesterreichs lenkte Chamberlain die Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung auf die Notwendigkeit, alle Maßnahmen zur Erfüllung des zwischen Oesterreich und dem Völkerverbund im Dezember 1924 abgeschlossenen Abkommens zu ergreifen. Das österreichische Parlament hätte das Budget für 1925 bisher noch nicht bewilligt. Außenminister Benesch und Senator Scialoja erwähnten die zwischen der tschechischen und italienischen Regierung einerseits und der österreichischen Regierung andererseits getroffenen wirtschaftlichen Vereinbarungen, die dazu beitragen würden, den Wiederaufbau Oesterreichs zu fördern und die Ein- und Ausfuhrbeschränkungen aufzuheben. Der tschechische Bericht über den Wiederaufbau Oesterreichs. Zum Schluß der Sitzung berichtete der schwedische Vertreter über die Arbeit der Opiumkonferenz. Die nächste Sitzung findet Mittwoch vormittag 11 Uhr statt. Heute nachmittag wird eine vertrauliche Sitzung der Kommissionsmitglieder abgehalten werden.

Die „Beerdigung des Protokolls“.

Paris, 10. März. Die Pariser Morgenblätter beschränken sich zum Teil auf die Wiedergabe von Stimmungsberichten und Situationsdarstellungen ihrer nach Genf entsandten Sonderberichterstatter. — Sauerwein schreibt im „Matin“, die Völkerverbundsdelegierten hätten sich zur Beerdigung des Protokolls versammelt, nächsten Donnerstag werde Chamberlain die Grabrede halten.

Aus den vorliegenden Stimmungsberichten ist zu entnehmen, daß sich der italienische Delegierte Chamberlain angeschlossen werde; er sei in diesem Sinne von Mussolini instruiert worden. Der polnische Außenminister soll die Absicht haben, für die Aufrechterhaltung des Genfer Protokolls das Wort zu ergreifen, obwohl Polen nicht Mitglied des Völkerverbundes ist. Dr. Benesch werde seinem tiefen Bedauern über die einer Aufgabe gleichkommenden Vertagung des Protokolls Ausdruck geben. Spanien und die südamerikanischen Staaten würden die Beibehaltung beantragen. Japan wird sich nach dem „New York Herald“ von dem Protokoll zurückziehen.

In acht Tagen neue Ministerzusammenkunft.

Paris, 10. März. Snymans hat in einer kurzen Unterredung mit Pressevertretern erklärt, daß man seiner Unterredung mit Herriot keine weitgehende Bedeutung beimessen dürfe, da es sich eigentlich nur um einen flüchtigen Meinungsaustausch gehandelt habe. Snymans gab zu verstehen, daß er die Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten in Paris nach der Tagung des Völkerverbundes wieder aufnehmen werde.

Danach werden sich in den nächsten acht Tagen Chamberlain, der polnische und der belgische Außenminister in Paris wieder einfinden. Erst in diesem Ansehen dürfte nach der übereinstimmenden Auffassung der Presse die Möglichkeit der Einberufung einer interalliierten Konferenz ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Die Konferenz werde aber nicht vor den belgischen Ministern zusammentreten.

saal
8 Uhr
abend
besner
Wolfgang
Bodgerim
arafa
Reher, 185
Ma bei
ldt
cum
Uhr 986
ne Frau.
len
land
Walbert Berger.
Wilhelm Müller
einem Gemälde
Prof-Dtad. In
5.50 Mt.
rechtes tabisches
das Beste was
Teiler in gebun-
dung von der
Abteilung der
Karlsruhe
um!
sige Preise!
straße 25
nommen.
502
!
fa:
ern
Tm.
33
berl
Ber-
Bel-
andoris
ft!
tor
shimgte
1342
ritt. ■

Der Tscheka-Prozess.

Leipzig, 9. März. Im Tscheka-Prozess wurde heute die Vernehmung des Kriminaloberwachtmasters Koppenhöfer fortgesetzt. Der Zeuge bekennt, daß Neumann nichts dabei geblieben sei, er habe Raufsch nicht töten wollen. Boege dagegen habe immer behauptet, Neumann wolle den Raufsch töten. Es entspann sich dann eine lebhaft Auseinandersetzung, als dem Zeugen vorgehalten wurde, daß Boege alle seine früheren Aussagen widerrufen habe. Der Zeuge erklärt dazu: Boege hat mir gesagt: Wenn ich gewußt hätte, wie man bei der württembergischen Polizei behandelt wird, hätte ich gleich am ersten Tage gesprochen. Dann hätte man die Spuren in Berlin verfolgen und die Parteibücher fassen können. Ich will endlich einmal die Parteileitung hochgehen lassen. Zu Boege gewandt, erklärt der Zeuge mit erhobener Stimme: Das gehört eigentlich nicht zur Strafsache, aber ich muß es sagen, weil Sie so lügen, Herr Boege. Der Angeklagte Boege bestreitet derartige Äußerungen und behauptet, daß Koppenhöfer ihn gegen die Partei ausgespielt habe, worauf der Zeuge Koppenhöfer erregt darauf hinweist, daß er unter seinem Eid auszusagen. Der Angeklagte Margies wies darauf hin, daß er wegen Verweigerung der Aussagen in eine Dunkelzelle geführt und dort schlecht behandelt worden sei. Nach erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Zeugen Koppenhöfer und dem Angeklagten Margies erklärt der Vorsitzende, daß er solche Auseinandersetzungen nicht mehr zulassen könne. Es kam dann zu weiteren Auseinandersetzungen zwischen dem Vorsitzenden und Rechtsanwalt Dr. v. Ragnato, in deren Verlauf dem Verteidiger das Wort entzogen wurde. Im weiteren Verlauf wurde dem Zeugen Koppenhöfer vorgehalten, daß der Angeklagte Boege behauptet hätte, er habe alle seine Angaben über die Tscheka einer Broschüre entnommen. Der Zeuge bezeugt diese Behauptung Boeges als unwahr.

Leipzig, 10. März. Zu Beginn des heutigen 20. Verhandlungstages im Tscheka-Prozess wurden die als Sachverständigen-Zeugen geladenen Ärzte vernommen. Dr. Kuppe und Dr. Zimmermann von der Chirurgischen Station des Lazarus-Krankenhauses machten zunächst Angaben über den ärztlichen Befund des ermordeten Freiers Raufsch. Bei der Sektion habe sich ergeben, daß ein Blutdurchbruch nach der Brust die Todesursache war.

Annahme des Besoldungsperrgesetzes im Reichsrat.

Berlin, 10. März. Der Reichsrat nahm heute vormittag in öffentlicher Sitzung eine Vorlage über die Verlängerung des Besoldungsperrgesetzes an. Nach dem Beschlusse des Reichsrats soll das Gesetz um ein Jahr verlängert werden unter der Voraussetzung, daß es auf reine Besoldungsvorrichtungen beschränkt wird. Die Bestimmungen über Dienstreisen, Tagelöhner usw. werden damit aufgehoben. Die Reichsaufsicht bleibt grundsätzlich erhalten, jedoch hat die Reichsregierung Zugelast, im Verwaltungswege die wesentlichen Forderungen der Länder zu bewilligen. Gegen die Vorlage stimmten Bayern und Württemberg. Der Reichsrat nahm ferner die Vorlage über den Notfinanzausgleich an. Die Regierung schlug nur eine Notregelung für die Monate April und Mai vor. Dagegen erhoben die Länder schwere Bedenken. Man einigte sich schließlich dahin, den bestehenden Finanzausgleich bis 30. September 1925 zu verlängern. Von diesem Zeitpunkt an soll dann der endgültige Ausgleich ohne Rückwirkung einleiten. Reichsfinanzminister Dr. von Schlieffen erklärte sich mit den Änderungen des Reichsrats einverstanden unter der Voraussetzung, daß der Reichsrat in die Beratung des endgültigen Finanzausgleichs eintrete. Unter dieser Voraussetzung sei die Reichsregierung bereit, daß beim endgültigen Finanzausgleich den Ländern im Rechnungsjahre 1925 etwa der gleiche Gesamtbeitrag an Ueberweisungen zukommen soll, wie er ihnen auf der Grundlage der gegenwärtigen Anteilsverhältnisse zuzuehen würde.

Die englische Presse zu den Pariser Verhandlungen.

London, 9. März. Der Pariser Times-Korrespondent berichtet, daß sich aus den Unterhaltungen zwischen Chamberlain und Herriot noch keine bestimmte Politik ergeben habe. Jedoch sei dadurch ein bedeutendes Ergebnis erzielt worden, daß die britische und französische Regierung sich über die Notwendigkeit verständigt hätten, Deutschland eine durchaus faire Gelegenheit zu geben, unter gleichen Bedingungen an der Wiederherstellung des europäischen Friedens und an der Verteidigung der europäischen Kultur und Zivilisation gegen ihre zahlreichen Feinde mitzuwirken. Die Vorschläge der deutschen Regierung sah man als einen Schritt in dieser Richtung an. Die Haltung, die England in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund eingenommen habe, bedeute nicht, daß die britische Regierung einer Erörterung der Sicherheit Frankreichs, die letzten Endes mit der Sicherheit Großbritanniens eng verbunden sei, widerstrebe. Die britische Regierung wünsche jedoch nicht, Frankreich aus großer Sicherheit auszugeben, da diese nicht die moralische Unterstützung der großen Mehrheit der englischen Nation finden würden. Die französische Sicherheit sei durch den Artikel 99 des Versailler Vertrages

Deutscher Reichstag.

(Dienstags-Sitzung.)

Berlin, 10. März. Am Regierungstisch: Reichsinnenminister Schiele. — Präsident Loebner eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs über die Stellvertretung des Reichspräsidenten.

Abg. Graf Westarp (Dnt.) erklärt, daß seine Freunde der Vorlage zustimmen, weil sie den höchsten Justizbeamten des Reiches mit der Stellvertretung betrauen wolle. Nachdem aber inzwischen der demokratische Vorschlag einer Kandidatur Dr. Simons erfolgt sei, stelle er ausdrücklich fest, daß aus der Zustimmung zur Vorlage keine Schlüsse auf die Haltung seiner Partei zur endgültigen Wahl des Reichspräsidenten gezogen werden dürften.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.) gibt eine gleiche Erklärung ab und bedauert, daß durch den Vorschlag der Demokraten die Person des Reichspräsidenten in die politische Debatte gezogen worden sei.

Abg. Koch-Weser (Dem.) erwidert, daß auch die Zustimmung seiner Freunde zur Vorlage keine Vorbedeutung für die endgültige Wahl des Reichspräsidenten haben solle. Es sei aber kein Grund vorhanden, den Reichspräsidenten und den Stellvertreter des Reichspräsidenten von der Kandidatenerörterung auszuschließen.

Die Vorlage wird darauf gegen die Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen, ebenfalls verabschiedet wird die dritte Lesung des Gesetzesentwurfs zur Uebernahme der durch das Ableben des Reichspräsidenten entstandenen Kosten auf das Reich gegen die Nationalsozialisten und Kommunisten. Zur ersten Lesung gestellt werden dann die Gesetzesentwürfe über die Genfer Uebereinkommen über das Vereinsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und die Entschädigung der Landarbeiter bei Arbeitsunfällen.

Abg. Obendorf (K.) fordert, daß auch auf den Gütern Betriebsräte zugelassen werden.

Abg. Schmidt-Cöpenik (S.) erklärt, mit leeren Redensarten werde den Landarbeitern nicht geholfen. Die Gewerkschaften seien bemüht, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Redner lehnt es namens der sozialdemokratischen Arbeiter ab, den kommunistischen Wahnsinnspäßen zu folgen. Die Vorlagen werden darauf dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Zur Kenntnis angenommen wird das Washingtoner Uebereinkommen über die Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft.

Abg. Frau Kemis (S.) fordert, daß das Uebereinkommen als Gesetz vorgelegt wird. Vom Arbeitsministerium sei bisher auf diesem Gebiet wenig geschehen.

Abg. Frau Arendsee (K.) verlangt staatliche Entbindungs- und Kinderfürsorgeanstalten und lehnt die privaten und kirchlichen Einrichtungen ab. Die Vorlage geht ebenfalls an den sozialpolitischen Ausschuss.

Justiz-Haushalt.

Die zweite Lesung des Haushaltsplanes wird dann fortgesetzt beim Haushalt des Reichsjustizministeriums.

Abg. Dr. Korsch (K.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Redner erwartet einen stark einseitig gefärbten Bericht, jedoch von den bürgerlichen Parteien lebhafter Widerspruch gegen seine Ausführungen erhoben wird und der Vizepräsident ihn ermahnen muß, persönliche Werturteile zu vermeiden.

Abg. Levi (Soz.) fordert Befestigung der letzten Justizreform des Ministers Emminger,

garantiert, der befagt, daß eine Verletzung der demilitarisierten Rheinlandzone durch Deutschland als ein feindseliger Akt angesehen werden würde.

Baden.

Auf was die Zentrumsgegner spekulieren.

Es ist unüberkennbar, daß das Zentrum gewissen politischen Kreisen in Deutschland immer wieder als Hindernis erscheint, um ihre Absichten zu erreichen. Sie sehen sich deshalb in die Lage versetzt, alles zu tun, um den Einfluß, den das Zentrum bei den deutschen Katholiken seit seinem Bestehen ausgeübt hat und das Vertrauen, das es nun einmal besitzt, in jeder Weise zu untergraben. Das ist besonders in den letzten Wochen anlässlich der Regierungsbildung in Preußen wieder so deutlich hervorgetreten, daß es auffallen mußte. Besonders Mühe hat sich in dieser Zeit das Organ Streifmanns, die Berliner „Zeit“ gegeben. Aus dieser Zeitung ist ein Artikel, der sich mit der Frage beschäftigt, wieviele Katholiken hinter dem Zentrum stehen, in zahlreichen andere Blätter übergegangen. Wir legen den Artikel am besten in seinen Hauptausführungen hierher. Er lautet:

Der Anteil der Katholiken an der Gesamtzahl der deutschen Bevölkerung darf heute auf ein volles Drittel geschätzt werden. Abgegeben wurden bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember 30 284 000 gültige Stimmen, wonach die katholische Bevölkerung 10 094 000 gültige Stimmen abgeben hätte müssen. Für das Zentrum haben aber nur etwa über 4 Millionen Katholiken, genau gerechnet, 4 118 000, gestimmt. Rund 6 Millionen Katholiken, genau 5 976 000 Katholiken, die gewählt haben, stimmten nicht für das Zentrum. Von diesen 6 Millionen Stimmen entfallen auf die Bayerische Volkspartei 1 182 000 Stimmen, so daß selbst unter Hinzurechnung der Bayerischen Volkspartei immer noch 4 844 000 derjenigen Katholiken, die gewählt haben, weder dem Zentrum noch der Bayerischen Volkspartei ihre Stimme abgaben. Verteilt man die errechneten gültigen Stimmen, die von den Katholiken abgegeben wurden, nach Prozentzahlen, dann entfallen auf das Zentrum 40,7 v. H., oder zwei Fünftel, während nach 60 v. H., drei Fünftel, der katholischen Stimmen für andere Parteien

abgegeben wurden. Das Stimmverhältnis wird für das Zentrum noch ungünstiger, wenn man die für das Zentrum abgegebenen Stimmenziffer ins Verhältnis setzt zur Zahl der wahlfähigen Katholiken überhaupt. Von allen Stimmberechtigten haben sich an der Wahl des 7. Dezember 78,7 v. H. beteiligt. Vorausgesetzt, daß die Katholiken nicht schlechter gewählt haben als die anderen Bevölkerungskreise, ergibt sich dann eine Gesamtzahl von 12 800 000 wahlfähiger Katholiken. Davon haben Zentrum gewählt 4 118 000, während 8 682 000 Katholiken teils andere Parteien gewählt, teils sich der Stimme enthalten haben. Hinter dem Zentrum stehen also nur 32,2 v. H., das sind noch nicht ganz ein Drittel der wahlfähigen Katholiken überhaupt. Das Zentrum stellt in der Tat nur eine politische Minderheitspartei im deutschen Katholizismus dar. Sollen nun die inneren Kämpfe im Zentrum dahin ausgehen, daß der linke Wirtschaftspolitiker endgültig scheidet, dann würde dieser Sieg die Zentrumspartei auch endgültig und für immer zur Vertretung einer polit. jenseitigen Minderheit, um nicht zu sagen einer Massenvertretung, innerhalb des deutschen Katholizismus machen.

Die Tendenz des Artikels ist unüberkennbar. Es soll nahegelegt werden: Die Mehrheit der deutschen Katholiken hat kein Vertrauen zum Zentrum: es ist Zeit, daß sich die Katholiken überhaupt überlegen, ob sie nicht ihr Vertrauen auf andere Parteien übertragen wollen, wie das bereits die Mehrheit getan hat. Allerdings sagt der Artikel verschiedenes nicht, was gesagt werden muß, damit nicht falsche Schlüsse gezogen werden. Zunächst einmal ergibt sich selbst aus der obigen Zusammenstellung, daß 5 250 000 Stimmen bei der letzten Reichstagswahl bestimmt im Sinne der Kulturpolitik der Zentrumspartei abgegeben worden sind. Das ist, wenn man die Zentrumsstimmen als katholischen rechnet, die Mehrheit der abgegebenen katholischen Stimmen, denen die Minderheit von 4 844 000 gegenübersteht, die ihre Stimmen auf andere Parteien verteilten. Die Bayerische Volkspartei muß in dieser Beziehung zum Zentrum gerechnet werden, da sie kulturell das gleiche Programm hat und auch sonst sich nur durch die stark blau-weiße Färbung vom Zentrum unterscheidet. Sodann ist noch weiter zu beachten, daß v. A. im rechtsrheinischen Bayern die Zentrumsstimmen nicht für das Zentrum zum Ausdruck kommen konnten, weil das Zentrum im rechtsrheinischen

Bayern keine Kandidatur aufstellte. Ebenso sind bei reinen Wirtschaftsparteien und Splittergruppen, wie Kleinrentner, Aufwertungsgruppen, bei der Christlichen Arbeitsgemeinschaft, Landbund etc. nicht wenige Zentrumsstimmen, die unter andern Umständen für das Zentrum abgegeben worden wären, diesmal aber aus falsch verstandenem wirtschaftlichen Interesse den Splitterparteien zugefallen. Die Rechnung der „Zeit“ stimmt also in dieser Beziehung nicht ganz. Die Zahl derer, die im Ernstfall für das Zentrum in Betracht kommen, ist tatsächlich größer, als in der obigen Zahl zum Ausdruck kommt. Es ist bestimmt die Mehrheit der deutschen Katholiken, die hinter dem Zentrum und der ihr weltanschaulich gleich gesinnten Bayer. Volkspartei steht.

Selbstverständlich hat aber das Zentrum, solange es bestand niemals mit allen Katholiken für sich rechnen können, sondern nur mit denen, die es mit ihrer katholischen Ueberzeugung ernst nehmen. Unsere Gegner wußten und wissen das sehr wohl; sie unterschieden und unterscheiden daher von jeher zwischen „ultramontanen“ und nicht „ultramontanen“ Katholiken. Während die „ultramontanen“ Katholiken beim Zentrum waren, verteilten sich die sog. Nichtultramontanen auf alle andern Parteien einschließlich der Kulturkampfparteien; selbst die Nationalliberalen hatten von jeher den einen oder andern katholischen Konzeptions-Schüler dieser Art, die lustig mit ihnen zusammen in Kulturkampf machten. Auf diese Katholiken hat das Zentrum nie gerechnet und darf es nie rechnen.

Letztere Katholiken, die sich verstreut in allen Parteien außerhalb des Zentrums und der Bayer. Volkspartei befinden, haben im politischen Leben schon wegen ihrer Verpflichtung nie bestimmenden Einfluß ausgeübt. Das was der katholische Volksteil in Deutschland an positiven politischen, staatsstrebenden und staatsbehaltenden Kräften in sich enthält, ist jederszeit nur durch die im Zentrum politisch organisierten Katholiken zum Ausdruck gekommen und im Staatsleben lebendig geworden. Und wenn in der Zeit des Zusammenbruchs und nachher nicht das Zentrum, d. h. der Block der auf Schutz der Autorität und Ordnung, auf Interessenausgleich nach christlichen Grundfassen gerichteten deutschen Katholiken vorhanden gewesen wäre, dann hätte nicht bloß nach unserer Ueberzeugung der Zusammenbruch noch ganz andere Dimensionen angenommen, als wir sie erlebt haben. In der Tat hat gerade die Zentrumspartei als Mittelpartei von christlicher Einstellung das Meiste dazu beigetragen, um die Lage zu retten. An diesem Verdienst haben jene Katholiken, die den Zentrumsgegnern angenehmer sind, als die Zentrumskatholiken, keinen Anteil. Und wenn daher heute besonders von rechts jovielle Bemühungen erfolgen, um den deutschen Katholiken das Vertrauen zum Zentrum zu nehmen, dann können die Zentrumsgegner damit bloß parteipolitische, nicht aber staatspolitische Absichten im Auge haben. Sie leisten damit dem Reich und Staat keinen Dienst. Aber wer immer auch dies erkennt bei uns Katholiken, der wird umso fester zum Zentrum stehen. Wer will, daß die deutschen Katholiken zur politischen Bedeutungslosigkeit herabjenseit werden, der muß dafür sorgen, daß das Zentrum uneinig wird und schließlich auseinanderfällt. Möge man das auch jetzt nicht vergessen, wo es sich um die Frage des Reichspräsidenten handelt.

Zu den Währungsfragen

wird uns aus dem Frankenland geschrieben:

bleibt die Währung stabil? Die Sicherheit unserer Währung nicht gefährdet! So und ähnlich liest man in diesen Tagen in der Presse aller Richtungen. Amtliche Kreise hätten sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigt und seien zum Resultat gekommen, daß alles in Ordnung sei, daß es aber nach wie vor schwerer Opfer bedürfe, um die Stabilität zu sichern. Ganz schön und recht! Aber die Auswirkungen solcher Nachrichten werden nicht weniger sein als eine geringere Zuversicht zur Währung. Das Vertrauen des Volkes und seine Erfahrungen in der Inflationszeit werden durch solche Nachrichten auf neue gewedt. Diese Dinge gleichen einer kaum vernarbten Wunde, an die man nicht rühren darf. Das Volk, wenigstens in weiten Kreisen, horcht auf und fragt: Was ist denn los? Da ist's nicht mehr geheuer! Und die praktischen Auswirkungen setzen allmählich ein. Das Sparen wird gleich im Anfang unterwühlt — was hat's für einen Wert? Das Geld wird sofort angelegt, ohne kritische Beurteilung keine Ausgaben — die Preise müssen steigen. Aber noch mehr: Ganz im Hintergrund lauern die inflationenstütern Elemente, sie ruhen die sensationellen Artikel über die Stabilität der Währung nach Kräften aus. Diese Folgeerscheinungen aller Art dürfte man sich in Regierungskreisen sehr wohl zu Augen halten, wenn von der Stabilität in der Öffentlichkeit geredet werden muß. Es ist gewiß nicht anzunehmen, daß man dort keinen Wert auf die geschützten Wirkungen legt, noch mehr wird man eine neue Inflation mit allen Kräften hintanzuhalten suchen. Aber man muß auch bedenken, daß die Inflation nicht über den Kopf hereinbricht, ohne daß man weiß, woher sie eigentlich kommt. Es mag Zufall sein, daß diese Fragen über die Währung mit dem Antritt der neuen Regierung zusammenfallen. Jedoch ist zu sagen, daß sie keine glückliche Hand besaß, als sie die Frage aufhob, wobei wir nur den besten Willen der Regierung voraussetzen. Die Stabilität der Währung muß einfach vollendete Tatsache sein, die keiner neuen Versicherung und Währungsfrage mehr bedarf.

Nr. 70
Zur
aus
Der
6. März
von der
eines
zung
berück
nung, w
nig Sach
stöß dra
terberer
wissen.
Die
rungsst
Kation
zung, d
stöß ihr
des Ver
die laufe
Die Weit
zur Deu
Beamten
den. Die
schloßen
ammen.
den ent
musste e
Man hat
frage
Die
neuer
100 Pfg.
Durchg
gegenüber
ba'ndere
Der Ver
Stelle de
praktisch
folgte G
mögen),
Gewähr
— die
n a h m e
führte zu
den r e
13 Rente
schiffes
Die
tenempfa
tragstleit
wie ihre
Das mach
der Land
merkbar,
zirkle un
der Re
sicheru
ten die
Nacht
die alten
Beitrag
als den
gesagt we
des Sta
die höchst
stungen a
den erhe
Dazu fan
ringen u
über den
zialverh
sich- und
herbei ge
geringen
idemert
dere Bes
gung un
muß als
den. Im
Leistungen
werden,
Sielbe
Im letzte
Verringer
liche Folg
Landesber
Aus V
gen über
der Ruhr
volle Zeit
schaftsbum
Gen
34)
Schlepp
jen Well
herüber,
ihre her
rausfanden
Dame, d
Gegend
eine bra
nend. S
und and
Die
ders far
Krebstich
Georgs
sich auch
Er dre
endlich i
rankten
Strom f
„Sie
Wirt un
Lich, u
ein, „bri
berg.“
„Es ist
anderen
Wägchen
ist es mi
und ich

Zur Aufwertung der Renten aus der Invalidenversicherung

Von Gewerkschaftssekretär Karl Gengler (Stuttgart), Vorsitzender des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Württemberg.

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 6. März 1925 in erster Lesung sich mit einem von der Regierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Aufwertung der Renten aus der Invalidenversicherung beschäftigt. Nach einer Erörterung, wobei besonders die Kommunisten von wenig Sachkenntnis getrieben, ihre leeren Agitationsstöße drückten, wurde der Gesetzentwurf zur Weiterberatung dem sozialen Ausschuss überwiesen.

Die Sache selbst ist für die breitesten Bevölkerungskreise von großer Bedeutung. Die Invalidenversicherung hat den Trägern der Invalidenversicherung, den Landesversicherungsanstalten, nicht bloß ihr rund 2 Milliarden Goldmark betragendes Vermögen fast reiflos entwertet, sondern auch die laufenden Einnahmen wirkungslos gemacht. Die Beiträge reichen manche Monate nicht mehr zur Deckung des Postos. Zur Bezahlung der Beamten mußten Darlehen aufgenommen werden. Die Renten der Invalidenversicherung schmälzen im Wert auf wenige Goldpfennige zusammen. Die Leistungen aus der Fürsorge wurden entsprechend. Das wichtige Heilbedürfnis mußte ebenfalls weitgehend eingestellt werden. Man stand mitten in der Krise, der Existenzfrage der Sozialversicherung.

Die am 1. Januar 1924 erfolgte Festsetzung neuer Beiträge in Höhe von 20, 40, 60 und 100 Pfg. nach den einzelnen Lohnklassen, im Durchschnittsergebnis etwa zwei Drittel mehr gegenüber den Vorkriegsbeiträgen, gab der Invalidenversicherung wieder eine neue Grundlage. Der Verlust der alten Vermögen führte an Stelle des Kapitaldeckungsverfahrens von selbst praktisch zum Umlageverfahren. Die erfolgte Entwertung der früheren Beiträge (Vermögen), wie die Notwendigkeit einer sofortigen Gewährung einer neuen Rente in Rentenmark — die nur aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden konnte — führte zur Festsetzung der Einheitsinvalidenrente. Diese betrug ab 1. 1. 24 zunächst 13 Rentenmark, infolge Erhöhung des Reichsschuldes ab 1. 5. 24 jedoch 14 Mk. im Monat.

Die Einheitsrente hatte zur Folge, daß Rentenempfänger mit niedrigerer und kürzerer Beitragsleistung eine höhere Rente erhielten, wie ihnen als Friedensjahr zugefallen wäre. Das machte sich namentlich in den Belastungen der Landesversicherungsanstalten ungünstig bemerkbar, die vorwiegend landwirtschaftliche Bezirke umfaßten. Nur durch die Verteilung der Rentenlast auf alle Landesversicherungsanstalten wurde diesen Anstalten die Zahlung der Renten ermöglicht. Den Nachteil der Einheitsrente verspürten aber die alten Rentenempfänger mit langer und hoher Beitragsleistung, die eine niedere Rente als den Friedensjahr erhielten. Immerhin mußte gesagt werden, daß abgesehen von den Pensionen des Staates an die Beamten, die Einheitsrente die höchst zu verzeichnende Aufwertung von Leistungen aus einer Versicherung darstellt, die aus den erhöhten Beiträgen gedeckt werden muß. Dazu kam noch die Erhöhung der früher sehr geringen Witwen- und Waisentrenten über den Vorkriegsstand. Den Gegnern der Sozialversicherung, die sich meistens in besseren Besitz- und Lebensverhältnissen befinden, möchte ich hierbei ganz entschieden bemerken, daß bei der geringen Höhe der Einzelbezüge aus der Invalidenversicherung kein Rentenempfänger besondere Sprünge machen kann. Die Altersversorgung unserer Arbeiter und deren Hinterbliebenen muß als sehr unsicher und gering bezeichnet werden. Im Ganzen muß aber Bedeutung und Leistungen der Invalidenversicherung anerkannt werden, umso mehr, wenn man das wichtige Heilverfahren ergänzend in Betracht zieht. Im letzten Drittel 1924 hatte die allmähliche Besserung der Wirtschaftsverhältnisse die erfreuliche Folge, daß Einnahmen und Ausgaben der Landesversicherungsanstalten sich ausglich.

Aus Anlaß der parlamentarischen Erörterungen über die einseitige Entschädigung der Arbeitnehmer wurde auf die verdienstvolle Initiative von Abgeordneten aus den Kreisen des christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbundes erreicht, daß für die Verbesserung

der Erwerbslosenfürsorge 110 Millionen Mark, für die Kriegsbeschädigten ca. 70 Millionen Mark, für die Aufwertung der Invaliden- und Sozialrenten 115 Millionen Mark im laufenden Etatsjahr bereitgestellt wurden. Damit ist nun die Frage der Aufwertung der Renten der Invalidenversicherung praktisch geworden.

Ein Beginn hierzu stellt der Entwurf eines Gesetzes über die Aufwertung der Renten aus der Invalidenversicherung dar. In Art. 1 steht der Entwurf vor, daß die Invaliden-, Alters- und Krankrenten in der Form aufzuwerten seien, daß für jede Beitragsmarke bis 30. Sept. 1921 in den Lohnklassen III, IV, V ein Steigerungssatz von 4, 8 und 12 Pfg. zu dem jetzigen Grundbetrag von 168 Mark hinzutritt. Die unberechenbaren Beiträge aus der Inflationszeit scheiden erklärlicher Weise aus. Für die Beiträge ab 1. Januar 1924 verbleibt es bei der jetzigen Regelung § 1289 der Reichsversicherungsordnung, monoch der Steigerungssatz bei der Invalidenrente für alle Lohnklassen 10 Proz. der gültig entrichteten Beiträge beträgt. Da die jetzige Einheitsrente überwiegend höher ist wie die Friedensrente aus den Beiträgen der Lohnklassen I und II, kommen diese nach dem Entwurf für eine Aufwertung nicht in Betracht. Die Friedensrente betrug z. B. in Lohnklasse I bei 500 Beitragsmarken 126 Mk., bei 1000 = 140 Mk., bei 1500 = 155 Mk., während die Einheitsrente 168 Mk. beträgt. Auch in Lohnklasse II ergibt sich bis fast in die 1000 Beitragsmarken heran ein ähnliches Verhältnis. Daß eine Ausgleiche aller Verhältnisse jetzt schon möglich ist, kann nicht erwartet werden. Die Hinterbliebenrenten stehen, weil über den Friedensbeiträgen, nicht zur Aufwertung.

Trotz einzelner unbedeutender Ergebnisse wird man sagen müssen, daß der Zweck des Entwurfs, den Rentenempfängern weitmöglichst ihre Friedensrenten wieder zu gewähren, im allgemeinen erreicht wird. Hierin kann der Entwurf als ziemlich befriedigend angesehen werden, wenn man in der Aufwertungsfrage vom gesunkenen Realwert der Mark absieht.

Keineswegs ist dies aber der Fall in der Frage der verwaltungs-mäßigen Ausführung. Hier verfallt der Entwurf in der schon oft gerügten Fehler der mangelnden Rücksicht auf eine leichtere und sparsame Ausführung durch die Verwaltung. Gerade in der Invalidenversicherung schreie seit Jahren manche enge bürokratische Vorrichtungen, die Verwaltung und Versicherte belasten, nach Abhilfe. Man spricht sich für die Vereinfachung der Verwaltung und tut das Gegenteil. In Art. 2 des Entwurfs heißt es:

„Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1925 in Kraft. Die an diesem Tage laufenden Invaliden-, Kranken- und Altersrenten erhalten die Steigerungsbeträge nach Artikel 1, Abs. 2, sofern ihr Monatsbetrag sich auf mindestens 50 Reichspfennig beläuft.“

Des Kunst sehr einfach, bedingt aber in der Ausführung eine langwierige und kostspielige Verwaltungsarbeit. Danach müßten alle Renten erst wieder neu berechnet und angewiesen werden. Wir haben ca. 1 1/2 Millionen laufende Invaliden-, Kranken- und Altersrenten. Welchen Zeit- und Kostenaufwand bedingt, auch unter Ausschaltung der geringer ins Gewicht fallenden Lohnklassen I und II, die Neuberechnung der Renten, die neue Postzahlungsanweisung, die Benachrichtigung des Rentenempfängers! Wie viele Monate könnten letztere warten, bis alle die Altersbündel gewälzt sind? Man könnte dies als ein notwendiges Übel hinnehmen, wenn kein anderer Weg vorhanden wäre. Rechtzeitig hat aber, trotz der mangelhaften Information durch das Reichsarbeitsministerium, der Verband der Landesversicherungsanstalten Deutschlands den zuständigen Stellen eingehend begründete und gangbare Vorschläge zur Vereinfachung der verwaltungs-mäßigen Ausführung unterbreitet. Warum diese von Praktikern der Invalidenversicherung unter Mitwirkung von Versichertenvertretern gemachten Vorschläge fast völlig unberücksichtigt blieben, ist sachlich nicht zu erklären. Um eine rasche Regelung zu erreichen, wurde vorgeschlagen eine Unterscheidung zu machen zwischen:

a) den Renten, die vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 23. Juli 1921 festgesetzt sind und

b) denjenigen Renten, die auf Grund des Gesetzes vom 23. Juli 1921 und später festgesetzt sind und noch neu zur Ausführung kommen. Wird diese Unterscheidung getroffen, so ist es möglich, den Rentnern deren Bezüge vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 23. 7. 21 festgesetzt sind, ihre Renten (Friedenssätze) wie früher zukommen zu lassen. Dadurch würde bei den Landesversicherungsanstalten die Arbeiten wesentlich vermindert. Man könnte an Hand der Rentenslisten alle Älteren der Rentenempfänger von der Durchsicht ausschließen, deren frühere Jahresbeträge sich auf 168 Mk. und weniger belaufen. Eine Neuberechnung der alten Renten bräuhete nicht zu erfolgen, lediglich die Anweisung in der alten Friedenshöhe.

Die in Art. 2 des Gesetzentwurfs vorgesehene Regelung der am 1. 4. 25 laufenden Renten wird zu keiner befriedigenden Lösung führen. In der Begründung des Entwurfs muß man selbst eine „außerordentliche Vermehrung der Verwaltungsarbeit“ zugeben. Diese in dem Umfang zu vermeiden, ist Pflicht. Die vorgesehene Regelung hätte aber auch zur Folge, daß Altrentner, bei denen der Friedenssatz höher lag wie nach der neuen Berechnung aber gar nach der Einheitsrente, diese eine Rentenzürzung erfahren würden. Welcher Sturm der Entrüstung würde dies auslösen.

Zur Erspargung nutzloser und unrentabler Verwaltungsarbeit bedarf der Entwurf in Art. 2 unbedingt einer Änderung. Bedauerlich ist, daß bei der unvollkommenen Fühlungnahme mit den Versicherungsträgern unter Einschluß der Versicherten, wie bei der Eile der Erledigung es nicht zu einer Prüfung der auch sonst noch notwendigen Vereinfachung der Verwaltung kam. Der Verband der Landesversicherungsanstalten Deutschlands trifft in E. in der jetzigen Lage das richtige, wenn er für den Art. 2 folgende Fassung vorschlägt:

„Dieses Gesetz tritt mit dem 1. 4. 1925 in Kraft. In die diesem Tage laufenden Invaliden-, Kranken- und Altersrenten erhalten, soweit sie auf Grund des Gesetzes vom 23. 7. 1921 — R.G.B. S. 984 — oder später festgesetzt sind, eine Aufwertung nach Art. 1, Abs. 2, sofern deren Monatsbetrag sich auf mindestens 50 Pfg. beläuft.“

Die übrigen am 1. April 1925 laufenden Invaliden-, Kranken- und Altersrenten sind in der durch Abschnitt F. Art. 1 Abs. 1 der Verordnung vom 16. 4. 1924 — R.G.B. S. 669 — bestimmten Höhe zu zahlen. War jedoch in dem ursprünglichen Feststellungsbescheid die Rente ohne Rinderzuschuß auf einen Betrag von 1450 Mk. oder mehr monatlich festgesetzt, so berechnet sich die Rente ohne Rinderzuschuß auf diese höhere Summe in Reichsmark.“

Zu beachten ist noch die durch diese Neuregelung den Landesversicherungsanstalten erwachsende Renten-Dauerlast. Der Zuschuß des Reiches lautet bis jetzt nur für das Etatsjahr 1925. Eine Herabsetzung der Renten kann nicht mehr in Frage kommen. Mit den jetzigen Beitragseinnahmen sind die Landesversicherungsanstalten aber nicht in der Lage, ab 1926 eine Dauerlast in diesem Ausmaß zu übernehmen. Ihre mühsam erreichte Stabilität darf nicht erneut gefährdet werden. Auch das Heilverfahren darf nicht der Rentenlast zum Opfer fallen. Darum ist die weitere Vereinfachung von Mitteln notwendig. Bei den schwierigen Wirtschaftsverhältnissen und den gedrückten unzureichenden Arbeiterlöhnen kann auch nicht ohne weiteres auf eine neue Erhöhung der Beiträge verwiesen werden.

Möchte der soziale Ausschuss wie der Reichstag selbst ein Gesetz zur Verabschiedung bringen, das diese Gesichtspunkte berücksichtigt. Damit kommen auch die so bedrückten Sozialrentner am schnellsten in den Genuß der sozialen Aufwertung.

Der Barmat-Ausschuss.

Der preussische Untersuchungsausschuss für die Barmat-Autistiker-Affäre.

Berlin, 9. März. Der Landtagsausschuss zur Untersuchung der Barmat-Autistiker-Affäre setzte heute seine Verhandlungen fort. Zur Erörterung stehen die Beziehungen Barmats zum Reichsfiskus. Vorsitzender Dr. Leidig bittet um möglichst kurze Behandlung der Angelegenheit

im Landtagsausschuss. Bevor der Ausschuss sich seinem eigentlichen Thema zuwendet, nimmt er aus technischen Gründen zuerst die Befragung des Staatssekretärs von Wöllendorf darüber vor, ob er wisse, daß in Gegenwart des Zeugen 1919 der sozialdemokratische Abgeordnete Wels mit Barmat zusammen beim Reichswirtschaftsminister Wiffell wegen eines Textilgeschäftes vorzeitig geworden sei. Der Zeuge Staatssekretär von Wöllendorf erklärt, daß Barmat damals in Begleitung von Wels beim Minister Wiffell erschien, um eine Einfuhrerlaubnis für Textilien zu erhalten. Als die zuständigen Staatssekretäre sich aus wirtschaftspolitischen Gründen gegen die Einfuhr von Fertig-Textilien aussprachen, drückte Wels seine Verwunderung darüber aus, daß ein von einem holländischen Sozialdemokraten angebotenem Geschäft, das die Volkswirtschaft lindern sollte, an dem bürokratischen Widerstand der Staatssekretäre und Referenten scheitern sollte. Ob irgendetwas aus dem ganzen Antrag geworden ist, weiß der Zeuge Wöllendorf nicht. Damit ist seine Vernehmung beendet.

Es wird dann die am Samstag abgebrochene Vernehmung des Regierungsrates Weyer mann fortgesetzt. Er sagt aus, daß er Julius Barmat drei bis viermal persönlich gesprochen habe, wobei Barmat nicht unterließ, seine Beziehungen zu den führenden Herren der Sozialdemokratischen Partei und seinen Einfluß auf sie in ein glänzendes Licht zu setzen. Die Verhandlung kommt dann nochmals auf die Affäre des Kondensmilchgeschäftes zu sprechen. Vorsitzender Dr. Leidig verliest dabei eine von Direktor Thieme-Hamburg abgefasste Niederschrift, nach der Barmat mit Bezug auf die Goldlieferung einmal erklärt habe: Schreiben Sie ruhig 16 Unzen, Berlin wird nicht merken, daß es nur 14 Unzen sind.

Ferner wird in einer Schlussfolgerung des Herrn Thieme, die er der Niederschrift beigefügt hat, gelagt, Barmat habe auch unter Vorpiegelung falscher Tatsachen einen höheren Preis erzielen wollen.

Berlin, 10. März. Im weiteren Verlauf der Untersuchung wurde nochmals die Angelegenheit Autistiker-Mitgliederverwertungsfälle verhandelt. Als Zeugen sind erschienen Direktor Warmholz und drei Betriebsratsmitglieder. Es handelt sich um die angelegte Bevorzugung Autistiker bei Geschäften mit der Ledertelle. Zeuge Direktor Warmholz erklärt, eine Bevorzugung Autistiker habe in keiner Weise stattgefunden. Die fruchtlose Entlassung der Betriebsratsmitglieder sei erfolgt, weil sie stundenlang in den Ministerien geblieben hätten anstatt zu arbeiten. Durch Mehrheitsbeschluss wird dann von einer weiteren Fragestellung an den Zeugen abgesehen, um noch die Betriebsratsmitglieder zu hören, die kurz den Konflikt mit dem Direktor Warmholz schildern, und erklären, ihr Vorgehen gegen die Direktion sei rechtmäßig gewesen, denn sie seien bei der ganzen Angelegenheit die Geschädigten gewesen und hätten lange Zeit auf der Strafe gelegen. Die Sitzung wird darauf geschlossen. Die nächsten Sitzungen sollen an den Tagen der Woche stattfinden, an denen kein Plenum ist. Die Vernehmung des Reichskanzlers a. D. Bauer soll Samstag erfolgen.

Prinz Friedrich von Preußen gestorben.

Dresden, 9. März. Heute nacht 8 Uhr 10 ist Prinz Friedrich von Preußen, ein Sohn des Prinzen Albrecht von Preußen, einmalmaligen Regenten von Braunschweig, im Sanatorium Raban auf Weißer Hirsch bei Dresden nach langem schweren Leiden im Alter von 44 Jahren an Tuberkulose gestorben. Die Leiche wird nach Camenz in Schlefien überführt, wo die Beisetzung stattfinden wird.

Georg Freibergs Aufstieg.

Roman von Jgna Maria.

34) Schlepper zogen an ihm vorüber und warfen Wellen auf. Lustig winkte die Mädchens herüber, und der schwarze Schiffsbühne lächelte ihn herausfordernd an. Personendampfer rauschten heran, majestätisch wie eine große Dame, die es eilig hat und nur flüchtig die Gegend betrachtet. Gleich einer Riesenschlepper eine breite, silbrige Furche im Wasser zeichnend. Ja, es war hier ein anderes Leben und andere Menschen als in seiner Heimat.

Die lachende Lebenslust des Rheinländers kannte der Norddeutsche nicht. Paul Trebitsch hätte den Ton halten können. Georgs Schwerfälligkeit glitt ab, so sehr er sich auch bemühte.

Er drehte sein Boot, fuhr zurück und sah endlich in einer stillen, von Gaisblatt umrankten Raube, die den Ausblick auf den Strom freigab.

„Sie kommen immer allein,“ sagte der Wirt und stellte ein Glas Wein auf den Tisch. „Nietzchen,“ rief er zum Hauke hin- ein, „bringe eine Decke für Herrn von Freiberg.“

wenn ich meinen Lieblingsplatz aufgeben muß.“

„Guten Abend, Herr Freiberg!“ Nietzchen deckte eine frischgewaschene, blaugewürfelte Decke über den Tisch. Sie war ein fröhliches, rheinisches Mädchen mit blonden Büscheln und blinzelnden Augen. „Wohl bekomms, Herr Freiberg! Weshalb sind Sie nicht mit den Herren Studenten gefahren? Die haben nach Boppard gemacht.“

„Ich hatte keine rechte Lust, ich wollte arbeiten.“

„Auf Wiedersehen, sagte der Wirt, „Nietzchen, du kannst den Herrn Freiberg ein bißchen unterhalten, wenn ihm dein Gespräch nicht zuviel wird.“

„Sie sind neulich nicht mit nach Mainz gefahren, Varet hat es mir erzählt.“

„Die haben sich auch ohne mich amüsiert.“

„Es wird dunkel, ich will ein Windlicht holen.“

Ein freundliches Mädchen, das Nietzchen, gefällig und hübsch dazu. Das gab mal eine rechte Wirtin ab. Bald würden die Freier sich einfinden, denn Nietzchen war des Vaters einziges Kind.

Nietzchen stellte das Windlicht auf den Tisch. „Ja,“ bestätigte Georg, „es ist wie ein Gedicht; der stille Abend, die Gaisblattlaube, das Windlichtchen und das rheinische Mädchen beim rheinischen Wein.“

„Die Babett hat recht, wenn sie sagt, Sie seien anders wie die andern. Sie hätten noch niemals Schulden gemacht oder sie angepömpelt.“

„Das gehört sich auch nicht.“

„Ihre Freunde tun es aber. Raten Sie, wer sich neulich sehr eingehend nach Ihnen erkundigt hat?“

„Nun —?“

„Herr von Rentloff. Er hat den ganzen Abend in der Laube gelesen und von Ihnen erzählt, er hat eine große Vorliebe für Sie. Wissen Sie, daß er die Frauen haßt und nie verheiratet war?“

„Er hat wohl böse Erfahrungen gemacht?“

„Seine Braut ist ihm untreu geworden, wird erzählt.“

„Dann kann man es verstehen. Er ist sein ganzes Leben einmalmal geblieben zwischen Wächern und roten Rosen.“

„Ja, und für ihn sind alle Frauen falsch und untreu. — Denken Sie ebenso?“

„Gott behüte; übrigens kenne ich die Frauen zu wenig um ein solch hartes Urteil zu fällen. Es gibt gute und schlechte Menschen, so denke ich, ist es bei den Frauen auch. Herr von Rentloff ist verbittert.“

„Ich möchte des Abends bei Mondlichtern gern einmal zur Burg gehen, aber wer soll mich begleiten — allein fürchte ich mich.“

„Wir wollen gemeinsam hinaufzögern, es muß sehr stimmungsvoll dort oben sein im Mondlicht. Fragen Sie Ihren Vater, ob er Ihnen die Erlaubnis gibt, lange dauert der ganze Spaziergang ohnedies nicht, und ich liefere Sie wieder pünktlich ab.“

Mit hallenden Schlägen machte die Turmuhr an die Vergänglichkeitszeit der Zeit.

„Gute Nacht, Fräulein Nietzchen, sorgen Sie für Mondlicht.“

„Gute Nacht, Herr Freiberg, kommen Sie recht bald wieder!“ Sie ergriff das Windlicht und leuchtete.

Georgs Gedanken beschäftigten sich mit dem Arbeitspensum des morgigen Tages, während Nietzchen aufsteigend die Decke zusammenfaltete und das leere Weinglas ins Haus trug.

Die Tage verrannen in Arbeit und Nachdenken, vorerst war an eine Mondlichtpartie nicht zu denken. Petrus schüttete das Wasser kübelweise vom Himmel, und die roten Rosen sanken entblättert zu Boden, unfähig, den Regennengen zu widerstehen.

„Ein Schandwetter,“ schimpfte Rentloff. „Wenn das so weitergeht erlaube mir alle- samt. Schauen Sie sich meine Rosen an, die sind hin. Ich schaffe noch für jeden Stod einen Regenschirm an.“

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

Der Hamburger Senat zurückgetreten. Hamburg, 9. März. Der Hamburger Senat hat in seiner heutigen Sitzung auf die Mitteilung über den Abschluß der Koalitionsverhandlungen hin den Rücktritt beschlossen.

Oesterreich.

Die österreichische Länderkonferenz. Wien, 10. März. Heute beginnen die für mehrere Tage einberufenen Besprechungen zwischen der Bundesregierung und den Vertretern sämtlicher Bundesländer über den Ausbau der Verfassung und den finanziellen Ausgleich der Bundesländer.

Ungarn.

Rücktritt Hortikys im Herbst? Budapest, 24. Febr. Nach den jetzigen Plänen der Regierung dürfte der Reichsverweser Hortiky spätestens in diesem Herbst sein Amt verlassen. Bis zum Herbst soll die Wahlreform mit dem Zweikammerystem fertig sein.

Frankreich.

Der Konflikt zwischen Staat und Kirche im Elsaß. Colmar, 10. März. Der „Elsässer Kurier“ bringt folgende aufsehenerregende Pariser Informationen in seiner gestrigen Ausgabe: „Zwischen Herriot und dem Pariser Kardinal hätten vor Ausgabe der letzten inneren Anleihe mündliche Verhandlungen stattgefunden.“

Die gestörte Antrittsvorlesung. Paris, 10. März. Die Antrittsvorlesung des linksstehenden Rechtsgelehrten Scelle in der Sorbonne konnte gestern wegen unerhörter Tumulten nicht abgehalten werden. Hunderte von royalistischen Studenten hatten sich im Vorhofe und Hofsaal gestaut.

Fritz Droop.

Zu seinem 50. Geburtstag. Er hat nie zu den Lauten gehört. Seine Kunst ist unaufdringlich, dafür aber zäh, wie die bestfällige Gemaltgalle, der Fritz Droop anstandslos. Vom Lehrerberuf drängte es ihn frühzeitig fort auf die Universität, hernach zum Journalismus.

Nichts aber beleuchtet eindringlich sein Menschen- und Künstlersein, als das Eintreten für Emil Goltz. Mit ihm mußte sich Droop brüderlich verstanden fühlen. Hier wie dort ein fast zührender Idealismus, ein nicht nach links noch nach rechts Schauen.

Der Hagenschieß-Prozess.

Scharfer Vorstoß der Verteidigung gegen den Sachverständigen. Die Gründung der Baugesellschaft.

7. Tag. Karlsruhe, 10. März.

Zu Beginn der Sitzung am Dienstag unternahm die Verteidigung erneut einen scharfen Vorstoß gegen den Sachverständigen Radv. Im Namen sämtlicher Verteidiger verlas Rechtsanwalt Dr. Albrecht eine Erklärung, in der im Auftrag der sämtlichen Angeklagten der Kaufmann Radv als Sachverständiger abgelehnt wird.

Das Gericht zog sich zur Beratung zurück, die ziemlich geraume Zeit in Anspruch nahm. Der Gerichtsvorleser ging dann dahin, daß der Antrag der Verteidigung auf Ablehnung des Sachverständigen Radv abgelehnt wurde. Die gegen Radv erhobenen Vorwürfe seien nicht geeignet, das Vertrauen zur Objektivität des Sachverständigen zu trüben.

mahllos Fenster und Bänke (!) Einem einarmigen Kriegsverletzten Redellen, der Widerstand zu leisten versuchte, wurden die Kleider vom Leibe gerissen, ebenso einer jungen Studentin, die für den Professor Partei ergriff. Schließlich wurde Polizeiverstärkung herbeigeholt, sodas zuletzt gegen hundert Beamte eingeleitet waren.

gedächtnistjung. Hamburg) die Wieprecht, Bersch, Brüger, Engelle usw., die übrig geblieben sind aus der Arbeiter-Kriegsdichtung.

Die Stunde letzter Ernte ist zum Glück für uns und für Fritz Droop noch nicht gekommen, aber sein Werk steht heute schon aufrecht und blank da, wie der Ehrenbild eines Mannes, der nicht umsonst gekämpft hat.

Abele gehandelt haben soll. Der Angeklagte Honnef bezeichnete das als ausgeschlossen. Der darauf vernommene Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Hoffmann, erklärte auf Befragen des Vorsitzenden, es könne keine Rede davon sein, daß bei der Voruntersuchung gegen seinen Willen auf Wunsch des Sachverständigen Radv die Vernehmung des Angeklagten Honnef vorgenommen worden sei.

Gründung der Baugesellschaft. Ein, an der sich Honnef, Abele und Debert beteiligten. Der Angeklagte Debert, der in seiner Eigenschaft als Architekt auf dem Hagenschieß mit den Siedlungsarbeiten und dem Sägewerksbau betraut war, erzählt in ziemlich weitläufiger Form die Gründungsgeschichte der Baugesellschaft.

Zu dieser Angelegenheit wird nach einer Pause der Angeklagte Abele vernommen, der erklärte, er sei mit dem Abkommen zwischen Czech und Degler, den Auftrag der Siedlungs- und Anbauarbeiten auf die Deutsche Baugesellschaft zu übertragen, nicht einverstanden gewesen.

fehrenden Professor der Lyoner Fakultät bei der Neubestimmung des Lehrstuhls vorgezogen wurde.

England.

Der englische Kriegsminister über die deutsche Abrüstung. London, 10. März. Im Unterhause teilte der englische Kriegsminister mit, daß die Befestigungen von Helgoland vollständig zerstört seien.

Hertha Pohl.

Von Paul Braschneider. Trotz des äppig wuchernden Literatenunms queren sich oft gerade den geistigsten Talenten Steine auf den Weg des Durchdringens. Um so günstiger die Wirkung auf die Arbeit der Strebenden, wenn sie in harter Ringen herantreten. Ein solcher von überwindlicher Stärke zeugender Geist gibt sich in der Schillerin Hertha Pohl kund.

Hertha Pohl, deren zarte Gesundheit einem dauernden Aufenthalt im Gebirge der Großstadt nicht standhalten hätte, ist seit einigen Jahren wieder in ihr Heimatstädtchen zurückgekehrt, aus dessen Kleinleben sie ihre Stoffe hauptsächlich

über die Befestigungen an der Westfront (!) oder die gegenwärtige Stärke der deutschen Armee abzugeben, solange die alliierten Regierungen noch nicht Gelegenheit genommen hätten, den Bericht, der von dem interalliierten Militärkomitee in Versailles vorbereitet sei, zu ermögen.

Amerika.

Schurmann amerikanischer Botschafter in Berlin. New York, 10. März. Amtlich wird mitgeteilt, daß der amerikanische Botschafter in Berlin, Jakob Gould Schurmann, zum Botschafter in Berlin ernannt worden ist.

China.

London, 10. März. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ rechnet man dort mit einem neuen Bürgerkrieg, in dem sich Tchang-Ko-lin und General Feng-Ju-hiang, die sich vor einigen Monaten verbündet hatten, um den christlichen General Wu-Wei-Fu zu bekämpfen, gegenüberstehen werden.

Die erste Bedingung

für jede gut geleitete Küche ist die Verwendung bester Zutaten für die Bereitung der Mahlzeiten. Aus diesem Grunde ist Dr. Oetker's „Gustin“ in der einfachen sowie feinen Küche allgemein beliebt.

Ein Versuch wird jede Hausfrau befriedigen. Sie kaufen Dr. Oetker's Gustin in „Originalpackungen“ mit der Schutzmarke „Oetker's Hohlkopf“ zum Preise von 33 Pf., in allen einschlägigen Geschäften.

Dr. A. Oetker, Bielefeld

entnimmt. So den zu ihrem Monan „Die Welt der Nacht, ein Schicksalsbild aus Derschlüssen“, (als Buch erschienen im Wedula-Verlag, Bielefeld 1923). Die besten ihrer kleinen Erzählungen liegen uns heute vor in ihrem Erstlingsbuche „Die fliegende Nacht, oberflächliche Erzählungen“ (Bielefeld 1922, Wedula-Verlag), und in ihrer zweiten ähnlichen Sammlung „Armes Volk, Novellen“ (Habelschwerdt 1922, Franke's Buchhandlung).

Überlegt man wie sehr der deutsche Verlagsbuchhandel in den letzten Jahren peluniert ist, so fällt es doppelt in der Tat, wenn ein Autor von noch jungem Namen durch die so ernst- und idealgeleitete Verlagsanstalten, wie die genannten, es sich ausgenommen ja aufgeführt wird. Schlimmer noch als das ist, wenn die Buchhandels waren in dieser letzten die Not des geistigen Arbeiters, der vom Ertrage seiner Arbeiten leben muß, Hertha Pohl weit vor vielen anderen davon ein Lied zu singen, trotz aller schönen äußeren Anerkennung dieser Jahre.

Wächten diese Zeilen recht viele veranlassen, sich den einen oder andern Band der schillernden Dichterin anzuschaffen, vor, der eine ganz besondere, Entschloßene, in einem Briefe sagt: „Sie ist die gottberufene Sängerin der christlichen Arbeiterwelt Derschlüssen, in nicht verstanden mit der rauhen, spröden und doch von inneren Schätzen überfüllten Scholle ihres Heimatlandes.“



Ihr Mann und Ihre Kinder

tragen die Schuhe viel länger, wenn Sie das Schuhwerk mit dem guten Terpentinsol-Büdo

pflegen, denn Büdo macht das Leder weich und geschmeidig und erhält den Schuh in geradezu vorbildlicher Weise. Merken Sie sich deshalb Büdos Beibehaltung:

Büdo-Terpentinsolcreme Immer für die Schuhe nehmen.

Zum

Freibrief schon als galt, was löpfigen beifolgteten Vollbarponierende garter Rom wahr alle ein h nre ber mit id und feiner der Person Bolle fant Hoffrang zu je nem Kauffen a fresse! A haupt meit und m t einem schon so e feste er f hat den Tisch, ter mit Kopf. M gänge im Reg:sw n: fel auf unterteilt hatte ungee. Die nunge er im M Bürger in ner Stadt im Besig men des Wortlaut öffentl:dt In H

Deinert unter Boden de Zeit, nur fehung zu hat die ü bermorg und heit Vergle die Gedächtn: nehm au einem zu traute Le Zeitgenoss ten und f: froße bei auch be: unleserli: nette, Ze spielende Gärten, ein unbel: feriert n: schoden könne de gemessen n:ht, un: gekofen. liche Str: hollauf: n:ht prä: mit dem: möchte i: Lieberfeg: hin ich: mein Un: anfehen, ger Lieb: wühte e: den S e: ihrem R: Verleer: lingen i: Ela ich: sprich: wiederne: recht ist: ich nach: morgen: All an: rick um: am 3. u: trefte a: zurückfo: men, da: engelne: für e n: bleib: g

Der über d: noch ein: Verblei: Bürger: einen B: Er l e: feine l: herans: die ich: er end: Gebüch: die di: nicht g

Kunst und Wissen

Zum Charakterbild von Friedrich Th. Vischer.

Von G. Dehligläger.

Friedrich Th. Vischer, der zu seiner Zeit schon als Verfasser der „Aesthetik“ als Autorität galt, war das Urbild des biederen, etwas starrköpfigen Schwaben. Von Gestalt mittelgroß, bräunlicher Haut, mit einem gewaltigen, gutgeputzten Vollbart, machte er auf seine Hörer einen imponierenden Eindruck. Seine Büste im Stuttgarter Polytechnikum zeigt heute noch lebenswahr alle Züge der markanten Figur. Er war ein hurender, impulsiver, feuriger Redner, der mit schwerem Geschütz seine Gegner angriff und seinen schonte. Unterirdische des Standes und der Person kannte er nicht. Der Mann aus dem Volke fand bei ihm ebenso viel Gehör, wie die Hoffnungen in Stuttgart, von denen er einmal zu seinem Freunde, dem Stadtpfarrer Bürger in Lauffen am Neckar sagte: „Die hat ich geliebt!“ Das Lauffener Pfarrhaus hat ihn überhaup nicht mehr wie einmal beherbergt. Er kam meist unangemeldet den Kirchberg hinauf und um mit einem fröhlichen „Frau Stadtpfarrer wird schon so viel geachtet haben, daß es für mich recht“, setzte er sich im Wohnzimmer zu der Familie an den Tisch, ein lebhafter, interessanter Gesprächspartner mit tausend Anekdoten und Anekdoten im Kopf. Nach Tisch rabs dann gelehrte Spaziergänge im alten Pfarrgarten zur ehewürdigen Negerswändelkapelle, die später Viktor von Scheffel auf seiner Schwabensreise zeichnete. Man unterhielt sich über dies und jenes, denn Vischer hatte über alles seine eigenen Ansichten und Meinungen. Dies beweist auch ein Brief, den er im Mai 1851 an den damaligen Dämonenbürger in Rosenfeld (den nachmaligen Lauffener Stadtpfarrer) geschrieben hat. Dieser Brief im Besitz der in Stuttgart wohnenden Nachkommen des Stadtpfarrers Bürger hat folgenden Wortlaut und ist meines Wissens bisher unbenutzt geblieben:

An Herrn Diaconus Bürger in Rosenfeld.
Lüdingen, 24. Mai 1851.
Lieber Bürger!

Deinen Brief mit Manuscript erhielt ich mitten unter den sehr geschäftigen Arbeiten der letzten Wochen des Semesters. Es war reine Unmöglichkeit, nur mit einiger Ruhe in Deiner Uebersetzung zu lesen. So bis letzten Samstag. Nun hat die Bilanz angefangen und morgen oder übermorgen gehe ich fort. Ich habe aber gefeiert und heut einige Oden gelesen, nur nicht mit Vergleichen des Textes, soweit er mir nicht im Gedächtnis war. Deine Uebersetzung hat mich sehr auf mich gewirkt, der alte Horaz wird einem zu einem Menschen, es kommt der vertraute Ton hinein, den diese Lieder einst für ihre Zeitgenossen in der ihnen geläufigen Form hatten und der in der fremden Form für uns dem Froste der Gelehrsamkeit verschwindet. Ob nicht auch verschwindende süßliche (?) die betr. Stelle ist unleserlich D. Verfasser? Keimformen — Sonnenne, Terzinen für die weniger eruchten, mehr spielenden Oden das sind wären? — Manche Härten, unreine Reime, fallen des Reims auf ein unbedeutendes Wort (wie z. B. in pax modum ferient ruinae. De Trümmer treffen unerschöpfend h. h.). Hier kann man zwar sagen, es könne dem ihn ein innerer Sinn Anstalt beigemessen werden, aber das Ding ist nicht eben leicht, und Vieles ist mir allerdings auch aufgefallen. Nun aber ist dies alles kein auf gründliche Einsicht gestütztes Urteil. Und wenn ich vollkommene Zeit hätte, wäre mir der Text noch nicht geläufig genug, da mir der Erklärungsapparat nicht präsent ist, wie einem, der sich fortwährend mit dem klassischen Altertum beschäftigt, daher möchte ich vorläufig, daß ich dem Kern Deine Uebersetzung nach Stuttgart nehmen dürfte, wohin ich in etwa 12 Tagen gehe. Ich würde ihm mein Urteil mitteilen, er könnte alles genauer ansehen. Dir den etwaigen Vorschlag nachmaliger Uebersetzung bestimmt motivieren und er würde eher einen Verleger als ich. Denn unter den Schwestern nimmst es jemand, das ist bei ihrem Mangel an Unternehmungskraft sicher. Der Verleger meiner „Aesthetik“ Wälzl in Reutlingen ist auch kein Mann, der Put hätte für die Sache, was nicht ein merkwürdiges Publikum verspricht (würde wohl auch meine Kritik nicht wiedernehmen). Wenn Dir nun mein Vorschlag recht ist, so sei so gut und schreibe mir noch ehe ich nach Stuttgart gehe. Morgen oder übermorgen trete ich meine kleine Frikette nach der Alb an, komme anfangs der nächsten Woche zurück und gehe dann noch in der nächsten Woche am 3. oder 4. April etwa nach Stuttgart. Ich treffe also Deinen Brief, wenn ich von der Alb zurückkomme hier. Laß Dich ja nicht verstimmen, daß ich neben der Freude an Deiner Arbeit einzelne Mängel habe und meines Teils Dir nicht für einen Verleger zu sorgen weiß, sondern bleib gut

Deinem
Fr. Vischer.

Lüdingen, 24. März.

Der Brief, der beachtliche Ansichten Vischers über die Kunst des Uebersetzens enthält, trägt noch eine Nachschrift, in der sich Vischer über den Verbleib eines Segel-Vorlesungsmanuskript bei Bürger erkundigt. Jedenfalls gibt der Brief auch einen klaren Beweis für die Gründlichkeit, mit der Vischer alle Dinge anzupacken gewohnt war. Er lebte nicht weniger, wie Saltheiten. Der seine 1851, also erst sechs Jahre vor seinem Tode herausgegebenen literarischen Genie kennt, weiß, wie schwer er oft mit sich selbst gerungen hat, bis er endlich ein Gebot vollendet fand. Manche Stellen wurden mehr denn ein dutzendmal umgedichtet, bis sie endlich den nächsten Wünschen Vischers entsprachen. Andererseits hat Vischer die vielen tragischen Zufälle des Lebens nicht allzusehr gemieden.

Die „Küde des Objekts“, ein Begriff, den er zum ersten Male in seinem Roman „Auch Einer“ so treffend geprägt hat verfolgte ihn sein ganzes Leben. Fast immer mit einem derben Axtarrh behaftet, brauchte er unzählige, meist rote und blaue Taschentücher, die er promptest liegen ließ. Hemdenknöpfe galt sein besonderer Haß. „Ja, ja so ein Hemdenknopf! Ein Hüt stellt sich ehlich zum Kampf; ich weiß, was ich zu tun, wie ich meine Waffe anzuwenden habe; einen hundertjährigen Schamann kann ich mit Kraft und Ausdauer umhauen, aber der Knopf! Ich soll Kraft anwenden, denn die Weste, will absolut nicht durchs Knopfloch und ich soll sie ebenfals ich garnicht anwenden, sondern ganz fein und leicht mit den Fingern arbeiten, und indem ich mich plade, schinde, abrade, foltere, löte, das Werdprechende zu leisten — o lustig springt die Schmachttanne erst recht ab! ... Ich habe es von glaubwürdigen, wahrheitsliebenden und besonnenen Ehe-männern, wegen der Hemdenknöpfe heiratet man und dann ist es erst recht nichts damit.“

Den Frauen gegenüber war Th. Vischer sehr oft ein etwas boshafter, launischer Spötter. Sie waren für ihn die „Schülerinnen der Unlogik“. Sehr viel beraten war der Vischer über seine Erfahrungen mit den Behörden und Ministerien interpellierte. Dann konnte der sonst so gutartige Mensch recht schäffen in Horn geraten. Er nahm auch kein Blatt vor den Mund, wenn es galt, einem wohlhablichen Minister eins auszuweisen. In eines Morgens kam er sogar in Lüdingen in das Stollen mit den später beinahe gesungenen Worten: „Meine Herren, ich habe heute einen kleinen Vischer und einen großen Vischer bekommen!“ In der Nacht hatte ihm nämlich seine Frau ein Knäblein geboren, während gleichzeitig vom Ministerium einer der vielen Ordnungsbefehle erging war. Solche plötzlichen, vom Augenblick eingehenden Spöttelchen, machten ihm einen Hauptspaß, wie er sich andererseits auch über Dinge herzlich freuen konnte, die nicht mehr zu ändern waren. Ein solcher Streich wurde ihm im Jahre 1833 in Wandlitz gespielt, wo irgend ein unbekannt gebliebener Dichter, in einem Prolog Vischers, der anläßlich einer Wohlthätigkeitsveranstaltung des Frankfurter Kaufmännischen Vereins zu Gunsten der durch das Rhein- und Mainhochwasser-Geschädigten gebildet war, eine weitere fürchterlich schöne Strophe hinzugefügt hatte. Dafür hatte man aber Vischers Schlußverse, die Krönung des Ganzen, weglassen. „Die Auslassung“, schreibt Vischer damals in einem Briefe, „ist zwar verdächtig, aber der Verdruß hat sich bald in Lachen aufgelöst bei dem Gedanken, wie schön wohl dem unbekanntem Fikschne der sein Produkt, der Schwübers vornehmen mag!“ Vischer zeigt in diesen wenigen Worten daß er das Häßliche, was jedem Schwaben in die Wiege gelegt sein soll, nicht weniger humorvoll als die Höhe der Abgefärbtheit alles versteht und alles vergeißt!

Michelangelo.

Zum 450. Geburtstag.

Von Prof. Dr. Walter Bombe.

Wer nur die äußeren Tatsachen in Michelangelos Leben betrachtet, der erhält den Eindruck einer ruhigen und scheinbar glücklichen Existenz. Er ist als Abkömmling einer zwar verarmten, aber geachteten Familie am 6. März 1475 in dem kleinen Ort Caprese geboren worden, wo sein Vater das Amt des obersten Richters bekleidete. Nach kurzem Kampf hatte der junge Michelangelo sich den Weg zur Kunst erschlossen. Seine ersten Schritte auf dem Gebiete der Plastik fanden liebevolle Förderung und Anerkennung. Er hatte das Glück, durch Lorenzo den Magnifiken, der sich für den genialen Knaben interessierte, in die medizianische Akademie von San Marco aufgenommen zu werden. Bald war er im Besitz eines Ruhmes, der sich über die Grenzen Italiens ausbreitete. Päpste und Kardinals, Kaiser und Fürsten machten ihn sich freitig. Mit dem Ruhm erwiderte er auch Reichthümer. Wohl hat er Feinde, aber er wird auch in überdramatischer Weise von Schülern und Verehrern geliebt. Als der unbetriten erste unter den Künstlern Italiens stirbt er hochbetagt. Seine Totenfeier war eine Apotheose. Florenz ehrte ihn, wie es nie einen anderen Künstler geacht hat. Und doch war sein Leben freudlos und düster, wie das weniger unter den Großen des Geistes!

Von Jugend auf einstellte — einer der Mitschüler an der medizianischen Akademie hatte ihm das Nasenbein zerbrochen — ungesund und überempfindlich, ein Grübler und Zweifelner, mit einem ruhelosen, heftigen Temperament ausgestattet, hat er das Leben nur als einen steten Kampf gekennzeichnet und düster und freudlos, wie sein Leben, sind auch seine Menschen, mit Bitterkeit getränkt ist seine Kunst.

Er hatte kaum das fünfzehnte Lebensjahr vollendet, als er mit seiner Matruugruppe des Pontaurerentempels den ersten künstlerischen Erfolg errang. Aber bald danach, am 8. April 1492, starb sein großer Gönner Lorenzo der Prachtige. Piero der Medicer, dessen Nachfolger, hatte wenig Verständnis für die Kunst. Als 1494 die Medicer vertrieben wurden, verläßt der Zwanzigjährige die Heimat und wendet sich in Rom sein erstes Großwerk, die „Pietà“ in der Peterskirche. Mitternacht, Tod und unendlicher Schmerz in einem. Nach Florenz zurückgekehrt, schafft er aus einem verhauchten Mord die Proffestalt des marmornen „David“, der 1504 vor dem Portal des Rathhauses als leuchtendes Vorbild der Vaterlandsliebe und als Reichen der Erinnerung an die Vertreibung der Tyrannen aufgestellt wurde. Im Wettstreit mit Leonardo aufstellte fast gleichzeitig für den Rathhausaal, der großen Schicksalsbild habender Soldaten, aber zur berühmte Uebersicht habender Soldaten, aber zur Ausführung kam es nicht mehr. Denn der Künstler wurde 1505 von Pappi Julius II. nach Rom berufen, um nach bei Reaktionen des Papstes dessen Grabmal für die Peterskirche zu errichten. Es sollte nach Anlage und Umfang das größte Grabmal werden, das je errichtet wurde. Nicht weniger als vierzig Figuren sollten den mächtigen Aufbau schmücken, acht sitzende Propheten und sechzehn gefesselte Sklaven. Aber der mit gewaltiger Leidenschaft in Angriff genommene Plan brachte ihm nur eine Reihe bitterster Enttäuschungen. Michelangelo selbst nannte das Grabmal die Tragödie seines Lebens. Der Papst rief ihn von der Arbeit ab und beauftragte ihn, die Decke der Sixtinischen Kapelle zu bemalen, woran der Meister von 1508—12 tätig war. Das Grabmal jedoch blieb nach den ersten Vorarbeiten liegen und wurde in kümmerlichster Gestalt, der nur die erhabene Figur des Moses zum Ruhme gereicht, von Schülern 1545 vollendet. In der Decke der Sixtinischen Kapelle hat der große Meister, obgleich er auch beim Malen rein plastisch denkt und bildet, das größte und erhabenste Werk der byzantinischen Malerei geschaffen.

Dann kam er wieder nach Florenz, nachdem die vertriebenen Medicer dorthin zurückgekehrt waren und Papst Leo X., ein Medicer, unter glänzendem Prunk dort Einzug gehalten hatte. Er erhielt den großen Auftrag, die Fassade der Medigerkirche San Lorenzo mit Marmorstein zu versehen, aber auch dieser Bau verzögerte sich ohne seine Schuld und wurde 1519 ganz aufgegeben. Es folgte der Auftrag, eine Grabkapelle für die Medicer zu bauen. Auch dieses Werk sollte viel großartiger werden, als es schließlich gelang. Der Plan wurde auf die Graber zweier jüngst verstorbener Mitglieder der Familie des Giuliano, Herzogs von Nemours, und des Lorenzo, Herzogs von Urbino, beschränkt. Diese Grabfiguren, die Gestalten der Tugendzeiten und eine Madonna gehören zu den schönsten Werken von des Meisters Hand. Der Untergang der Florentiner Freiheit, die neue Verteilung der Medicer und andere widrige Schicksale trafen in ihm den Plan reifen, Florenz zu verlassen und nach Rom zurückzukehren. In der Sixtinischen Kapelle malt er das Miesentresko des Jüngsten Ge-

rechts mit der unbergelichen Gestalt des zürnenden Christus als Weltenrichter und den gewaltigen Körpermäulern der Verdammten. In unerträglicher Arbeit, stets mit Familien Sorgen beladen, obgleich er den Familienfreuden für immer entzogen hatte, in ewigem Aerger über neidische Kunstgenossen und lässige Arbeiter findet er seinen Trost in der Einsamkeit des Schaffens. Die einzige Freude seines Alters war die Freundschaft einer geistig hochstehenden Frau, der Vittoria Colonna. Nach Florenz kehrt er nicht mehr zurück, obgleich sich Großherzog Cosimo I. viel Mühe gab, ihn zurückzubolen. Weitgehende architektonische Schöpfungen erfüllen seine Altersjahre. Das Hauptwerk seines Alters jedoch ist die riesige Kuppel von St. Peter mit ihrer herrlich schön parabolischen Umfassung. Neid und Mißgunst, Verleumdungen jüngerer Künstler, die seine Nachfolge in der Bauleitung von St. Peter anstrebten, verbittern die letzten Lebensjahre des Meisters.

In seinem letzten Briefe vom 28. Dezember 1563, den er als Neunzigjähriger an seinen Neffen schreibt, belagt er sich, daß seine Hand ihn den Dienst verjagt. Aber diese Hand, die nicht mehr die Feder zu halten vermochte, sie schuf noch ein letztes wunderbares Werk, die „Pietà“, die heute hinter dem Hochaltar des Florentiner Domes steht. Noch am 12. Februar 1564 arbeitet er den ganzen Tag daran, wie die Künstlerlegende berichtet, an jener Gestalt des dreifachen Kapuzenträgers, der seine Hüfte trägt. Wenige Tage später, am 18. Februar, starb er in Rom, ohne Florenz wiederzusehen zu haben. Sein Leichnam wurde nach Florenz gebracht und in Santa Croce beigesetzt.

Er hat das Größte und Erhabenste, was ein Künstler je geleistet hat, der Menschheit gegeben. In allen drei Künsten hat er gewaltige neue Formen geschaffen. Freilich, die liebliche Zartheit Raffaels, und das Lächeln Leonardos darf man bei ihm nicht erwarten, herb und ernst wie sein Leben, war auch seine Kunst.

Kritiker-Ecke.

Ein Erinnerungsbuch.

Dem 1. Bande der Memoiren des langjährigen Leiters der badischen Gewerbaufsicht, der so hoch interessant und lebendig den reichen Aufschwung des Fabrikwesens zum großindustriellen Direktor und dann dessen Wendung zum prüfungsigen Gewerbaufsichtsbekanntem schilderte, folgt jetzt sein Wirken im badischen Staatsdienst 1902—14 einflusslos auslaufend. Der 3. Band, der erschlatternde Bericht über seine Teilnahme an der deutschen Verwaltung Belgiens. Bildet jene reiche Rückschau eine kräftige, würzige Speise, so ist der vorliegende Auschnitt aus dem vor Beginn verlorenen Krieg eine bittere Arznei für uns. Aber diese kann und soll heilsam wirken — mehr als so manch andere Veröffentlichung über Wilhelms II. Politik, die keine Politik war. Denn Wittmann ist weder persönlich noch parteiisch beschränkt interessiert oder orientiert. Daher gibt sein vorliegendes Werk zu den von der Parteigänger deutschen Besetzung Belgiens einen Beitrag von außerordentlichem Sachverstand und darum für jeden politisch Interessierten von größter Bedeutung. Da ist zuerst der Gedanke, die deutsche Sozialgesetzgebung in dem besetzten Belgien einzuführen. Injuncten von der belgischen Prinzessin, Witwe des unglücklichen österreichischen Kronprinzen Rudolf, Gräfin Stefanie Lonhain durch Schreiben an Kaiser Wilhelm von S. M. entsprechend verfürdet; von unseren politischen Künstlern gebildet als guter Grund zur Segnung für diese und die belgischen Arbeiter, Segnung für diese und — Belästigung der belgischen industriellen Konkurrenz. Wittmann ironisiert: „... ebenso leicht ausführbar, wie der vorlag, in demselben Lopt zugleich Mühe zu lochen, Bäume zu brauen und Kohl zu dünnen und weißt dies Unterfangen, den Belgiern eine vorn mit Segnungen und hinten mit Belastungen ausgestattete Klaus in den Pelz zu setzen“, als widersinnig schon von seiner Erkenntnis aus ab, daß die so gerühmte und bedachtigame — Entwörung der sozialen Gesetzgebung die Industrie, vermöge des Dudes zu wirtschaftlicher Vorentwicklung fördere. So führt er, in die Verwaltung berufen das Experiment auf deren vernünftige Tätigkeit, die belgische Sozialgesetzgebung auf ihrem gegebenen Weg nicht zu gehen und nach Bedürfnis zu fordern. Als „Generalreferent“ für das belgische Gewerbe- und Arbeitsministerium übernahm er dessen Amtstätigkeit „in den Formen, die Selbstachtung und Kultur auf beiden Seiten geboten“. Er erhalten interessante Blätter auf den Kampf zwischen Flamen und Wallonen — in dem Wittmann weislich nicht Partei nimmt; denn er erkannte, daß für die deutschen Eingriffe nützliche Buneigung besteht, sondern nur eine geschlossene, achtenswerte Ablehnung.

Doch ihn dabei nicht loszopolitische oder pazifistische Schwächen seien, sondern nüchtern, gesunde und darum wohlhaft nationale realpolitische Ueberlegung, die seine Denkschrift über die Zukunft Belgiens, die der Verwaltungsrath v. Sandt allerdings nicht den maßgebenden Stellen vorzulegen vermochte. Deren Selbstachtung und Ungehelligkeiten, wie vor den Krage, auch in Belgien unheilvoll wie ter. Das zeigt vor allem ersprechend der wichtigste Abschnitt des Buches, der mit der gleichen überreichten Sachlichkeit die uns so schwer vorgeworfene Wagnisabschiebung von Belgien nach Deutschland behandelt. Es war ein theo-

*) Werken und Wissen. Erinnerungen aus Industrie und Staatsdienst. Von Karl Wittmann. 3. Band: Ein befehlter Belgien (1914—17). Verlag G. F. Müller, Karlsruhe.

retisch wohl zu erwägender Gedanke, den Hunderttausenden unier Arbeitslosester leidender Belgier in Deutschland Beschäftigung zu geben. Freimüßig hatten bis Mitte 1916 nur 21 000 Belgier in Deutschland Arbeit genommen. Nun verlangte die Cherie Seeresleitung Franz, um 400 000 deutsche Arbeiter als Soldaten frei zu bekommen. In zünftiger Voraussicht mehrte sich der Generalgouverneur v. Wissing dagegen. Er muß nachgeben — gibt nach. Das Unternehmen erliegt den überlegenen Gegnern, der schließlich, unentbehrlichen, unantastbaren Ernährungsorganisation und der part otkischen Sabotage durch das belgische Volk, das die Auswanderung der heranzuziehenden Arbeitslosen bereiteite. Wir haben die Sache unternommen, wir haben die Folgen, die Mißgriffe zu verantworten, sind uns Unrecht gesetzt. Kluglich wird der Rückzug injunctiert. Die Vertreter der ringenden Kräfte kommen selbst zu Wort: die Kräfteglaubenden, die Neutralen, die Abgeschiedenen, vor allem aber im Vordergrund der — pair archaisch eingestellte — Generalgouverneur v. Wissing und die mächtig Persönlichkeit des Kardinal-Erzbischofs Mercier. Die hohe Achtung und Anerkennung, die der Protestant Wittmann dem Kirchenfürsten und seiner unantastbaren Stellungnahme sowie seinem nicht minder patriotischen Klerus zollt, berührt den Katholiken wieder besonders angenehm, wie im 1. Bande seiner Erinnerungen die scharfe Abgabe an Geschäftigkeit und Mißachtung gegen den Katholizismus. Die Urteile Wittmanns über unseren „Kangel in Voraussicht, ruhiger Ueberlegung und Regelmäßigkeit, Nichtabwägung der ins Spiel tretenden geistigen und materiellen, eigenen und gegnerischer Kräfte“ — „eine verlorene, für des Krieges mißbräuchlich mende Niesensklacht“ legen die Grundfehler unserer „Politik“ vor, in und nach dem Kriege bloß.

Röge dieses klare, reale, aber gerechte Buch von großen und kleinen Vorklaren im In- und Ausland recht beherzt werden; dann eröffnen sich Wege zur Wiederherstellung und wahrhaften Befriedigung.

Regierungsrat Werber.

Dr. Karl Lehmann, Das Lied der Freiheit. Dienerliche Verlagsbuchhandlung in Leipzig, 1925.

Das mit einer eindrucksvollen Umschlagszeichnung ausgestattete Heft soll, wie es im Vorwort heißt, „ein kleiner Uebersicht über die Arbeiterbewegung“ sein und einmal einen Einblick in das Leben der Arbeiterenschaft geben, zum anderen den weiten Blick, der diese Art von Dichtkunst auszeichnet, aufzeigen. Diese Doppelaufgabe ist dem Verfasser, der auf diesem Gebiete ein Neuling ist, unter Anführung von Dichtungsproben G. Verfass, A. Brögers, A. Baupels, R. Uhlmann-Wigterbeides, O. Brues, J. Winklers, R. S. Brachs, K. Hennicks, O. Wohlgenuts, G. Engelkes u. a. vollumfänglich gelungen. Der Unerwartete Die moderne Dichtung zwischen Hochrufen und Schloten ist in dieser Form nicht ganz dem Inhalt entsprechend, da Lehmann auch R. v. Saar, Willenbruch und Rainer Maria Rilke zitiert; Richter also, die man zur Arbeiterbewegung in weiteren Sinne des Wortes nicht zählen kann, wenn sie auch das Lied der Arbeit singen. Das tut aber der Arbeit Lehmanns keinen Abbruch, im Gegenteil weitete den Horizont und gibt so jedem Leser, der mit moderner Arbeiterbewegung — sie ist ja erst jungen Datums — bekannt werden möchte, eine treffliche Einführung zur Hand. Zu solchem Anreize ist das Büchlein bestens geeignet und entspricht damit vollkommen den Absichten des Verfassers. fi

Verantwortl. Schriftleiter: Dr. G. A. Berger.

Chronik.

Baden.

Ettingen, 10. März. (Redaktions-Übernahme.) Redakteur Fritz Rieker hat Anfang dieses Monats die Redaktion des Badischen Landmanns übernommen.

Mannheim, 10. März. (Eine zweite Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen.) Wie aus München gemeldet wird, ist im Bayerischen Landtag ein Antrag über den Bau einer zweiten Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen eingebracht worden, in dem gefordert wird, die bayerische Regierung solle diesbezüglich mit dem Reich, Baden, den beteiligten Städten und den sonstigen Stellen in Verhandlungen treten. Dieser Antrag steht offenbar mit den Eisenbahnprojekten für Ludwigshafen wie auch für Mannheim in engem Zusammenhang. Ludwigshafen soll ebenfalls einen neuen Bahnhof erhalten. Somit wird es aus verkehrstechnischen Gründen erforderlich, beide Bahnprojekte gemeinschaftlich zu lösen. In diesem Rahmen wird auch eine zweite Rheinbrücke erforderlich. (Der Bürgerausschuß Mannheim hat kürzlich der Errichtung einer dritten Redarbrücke zugestimmt.)

(Von einem Pferd gebissen.) Gestern nachmittag wurde der Fuhrmann Karl Nagel von einem Pferd durch Biß ins Gesicht schwer verletzt. Er wurde ins Krankenhaus verbracht.

Sodenheim, 10. März. (Anfolge Familienzwistigkeiten.) hat sich hier der 18jährige F. Wolf durch Einarmen von Leuchtgas vergiftet.

Seibelsberg, 10. März. (Unterschlagnungen.) Hier wurde ein städtischer Beamter wegen Unregelmäßigkeiten entlassen. Bei einer Revision stellte sich ein Defizit von einigen tausend Mark heraus, deren Verbrauch der Privatwede der Beamte, der nahezu 20 Jahre in städtischen Diensten steht, sofort zugegeben hat. Der fehlende Betrag wurde gedeckt.

Oberhausen bei Philippsburg, 9. März. (Die kommunistische Arbeiterzeitung) brachte am 28. Februar einen Artikel, in dem der Pfarrer von Oberhausen in ganz schändlicher Weise beschimpft wurde. Dieser hat nämlich bei Verlesung des Hirtenbriefes, in dem die säkularisierte Mode und das Tun und Treiben jenes Teil der heutigen Jugend, die über Sport und Spiel alles andere vergißt, verurteilt wurde, einige Worte über arbeitscheue junge Leute gesagt. Die Kommunisten fühlten sich bezweckendeweise dadurch verletzt und angegriffen, verletzten ihn, malten ihn sogar in ganz schändlicher Weise in ihre Zeitung mit einem Kreuz auf der Brust zum Spott. Dann brüllten sie sich, wie sie kulturelle Werte schaffen! Der Pfarrer dagegen sei ein Faulenzer, der nichts zu tun hat als ein wenig in die Schule gehen und am Sonntag ein bißchen zu predigen. Zu dieser Faulenzerei hat er natürlich 12-14 Jahre studieren müssen. Dazu behaupten die Kommunisten, der Pfarrer hätte einen Gehalt von 600 Mk. im Monat. (Die Schriftleitung des Bad. Beobachters hat zwar nicht die Ehre, den Herrn Pfarrer von Oberhausen persönlich zu kennen. Er nimmt es ihr aber vielleicht nicht übel, wenn sie dieser kommunistischen Lüge gegenüber feststellt, daß Pfarrer in seinen Dienstjahren mit Zulagen nicht einmal ganz die Hälfte von dem am Gehalt bezogenen, was das kommunistische Blatt und seine Hintermänner behaupten. Wir wissen zwar, daß da und dort behauptet wird, die Pfarrer bekämen 600 Mark monatlich per Kostanweisung. In einzelnen Fällen kann das zutreffen, aber nur deshalb, weil dem Geistlichen Zulagen oder restierende Gehälter auf einmal ausbezahlt wurden.) Ein Schrei der Entrüstung geht durch unsere gutgeformten Katholiken in der Gemeinde und wir lassen uns nicht gefallen, daß man die Diener der Kirche so verpötte. Wir Katholiken von Oberhausen lassen uns nicht gefallen, daß man mit dem Hl. Kreuz Hohn und Spott treibt. Wir Katholiken von Oberhausen erheben laut Protest gegen alle Verleumdungen, die die Kommunisten in ihrem Artikel gegen unseren hochw. Herrn Pfarrer brachten und weisen ihn als unwahr zurück. Wir Katholiken von Oberhausen stehen fest und treu zu unserem Herrn Pfarrer und lassen ihn unter keinen Umständen von den Kommunisten in den Kot ziehen. Ihnen gelte aber das Wort: „Denn, verzeih ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“

Im Namen der Katholiken von Oberhausen. Flehingen bei Bretten, 10. März. (Die Neubautätigkeit) hat hier bereits ein ganzes Dorfviertel erstehen lassen. Es sind bis jetzt 10 neue Häuser gebaut worden, die zur Behebung der Wohnungsnot beigetragen haben.

Enbingen a. R., 10. März. (Feueralarm.) In der Nacht von Sonntag auf Montag wurde die Einwohnerschaft Enbings durch Feueralarm aufgeschreckt. Trotz des herrschenden Windes und des Wassermangels blieb der Herd des gewaltigen Feuers auf die landwirtschaftlichen Gebäude und auf den

großen Saalbau des Hotels zum „Fauen“ beschränkt. Das Gasthaus blieb unbeschädigt. Der Viehbestand konnte gettet werden. Die Ursache über die Entstehung des Brandes ist noch unermittelt.

Mülheim i. B., 10. März. (Katholikentag.) Die katholischen Gemeinden des Amtsbezirks Mülheim hatten am Sonntag in der geräumigen Festhalle (ehemalige katholische und dann protestantische Kirche) zu Mülheim ihren Katholikentag, den vierten seit 1922. An 700 Personen nahmen an demselben teil, dessen Mittelpunkt nach Eröffnung durch Herrn Oberreallehrer Bergmann, die Festrede des Herrn Universitätsprofessors Dr. Krebs aus Freiburg bildete. Mit Rücksicht auf das heilige Jahr sprach derselbe über die Bedeutung des Papsttums in religiöser, kultureller und politischer Hinsicht. Umrahmt war die mehr als zweitägige Feier durch Vortragsstücke der Musikkapellen Neuenburg und Biel, der Kirchenchöre Schillingen, Biel, Neuenburg und Mülheim. Mächtig erbrauten am Ende durch die weite Festhalle die Afforde des „Großer Gott“, als Herr Pfarrer Heilig von Mülheim die Versammlung schloß, die jeden Besucher mit hoher Verehrung und Glaubensfreudigkeit scheidet ließ.

Das Frühlingsfest.

Säckingen, 10. März. Am Sonntag fand hier das diesjährige Fest des katholischen Glaubensboten und alemannischen Apostels, des heil. Fridolin, unter starker Beteiligung der katholischen Bevölkerung der Stadt und der näheren und weiteren Umgebung statt. Schon am eigentlichen Festtage, am 7. März, waren zahlreiche Fremde herbeigeeilt, um am Feste teilzunehmen. Ein Festgottesdienst leitete am Sonntag das Frühlingsfest ein, in dessen Mittelpunkt die Festpredigt und das Pontifikalamt standen. Als Festprediger sprach Dompropst Dr. Konstantin Brettle, des Pontifikalamts hielt Weihbischof Dr. Burger von Freiburg. Die alljährliche Prozession gestaltete sich, begünstigt vom guten Wetter, zu einem imposanten Bekenntnis der katholischen Bevölkerung des Oberrheins zu ihrem Glauben. Wie alle Jahre, so wurde auch dieses Jahr der Silberstein mit den Gebeinen des Hl. Fridolin im Festzug mitgetragen, begleitet vom Weihbischof und vielen zum Fest herbeigekommenen auswärtigen Geistlichen. Den Abschluß des Festes bildete eine im katholischen Vereinshaus abgehaltene Abendveranstaltung.

Aus anderen deutschen Staaten.

Hapsloh (Pfalz), 10. März. (Lebensmüde.) Gestern vormittag ließ sich der in Medenheim wohnhafte, über 70 Jahre alte Landwirt Franz Feil in der Nähe des linken Leberganases am früheren Kofen 128 von einem Güterzug überfahren. Kopf und Beine wurden vom Humpfe getrennt. Der alsbald nachfahrende Schnellzug schleifte die Leiche eine Strecke und entstellte sie zur Unkenntlichkeit. Was den in dieser Verhältnisse stehenden Mann in den Tod trieb, ist unbekannt.

Berlin, 10. März. (Unmittelbarer Kabel-Verkehr Deutschland-Amerika.) Wie der Berliner „Lokalanzeiger“ meldet, wird der Leiter der großen amerikanischen Kabelgesellschaften der Western-Union und der Commercial Cable Comp. in Berlin eintreffen, um mit dem Reichspostministerium und der Deutsch-Amerikanischen Telegraphen-Gesellschaft endgültige Vereinbarungen über die Einrichtung eines unmittelbaren Telegraphenverkehrs Deutschland-Amerika zu treffen, die schon vor längerer Zeit eingeleitet wurden.

Gemeindepolitik.

Offenburg, 10. März. Die Bürgermeister des Landbezirks Offenburg und der noch bestehenden Orte, welche vorläufig noch zum Amtsbezirk Rehl gehören, fanden sich am Samstag in der „Alten Pfalz“ hier vollständig zusammen, um wichtige Gemeindefragen zu besprechen. Zunächst wurde das schwierige Problem der Erwerbslosenfrage behandelt. In längeren Ausführungen verbreitete sich der Direktor des Bezirksamtes, Nidles, über die Durchführung der neuen Besteuerung des Erwerbslosenfürsorgegesetzes. Sodann wurden noch einige Berufsfragen behandelt.

Karlsruhe

den 11. März 1925.

Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung.

Als Zählungstag der Volks-, Berufs- und Betriebszählung ist der 16. Juni 1925 in Aussicht genommen. Die Erhebung wird sich auf den Personen- und Familienstand, die Staatsangehörigkeit, die Muttersprache, die Religionszugehörigkeit, den letzten Wohnsitz vor dem Kriege, der Haupt- und Nebenberuf zur Zeit der Zählung und die Stellung in ihnen, sowie auf die gewerblichen und land-

und forstwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse erstrecken. In den Gewerbebetrieben werden insbesondere das Personal nach seiner Stellung und die technischen Hilfsmittel ermittelt werden. Die Erhebung bei der Land- und Forstwirtschaft wird sich im wesentlichen mit den Besitzverhältnissen, der Bodenbenutzungen, den beschäftigten Personen, der Benutzung von Maschinen und der Viehstand betreffen. Die von vielen Seiten gewünschten produktionsstatistischen Erhebungen werden im Rahmen dieser Zählung nicht durchgeführt werden können und gegebenenfalls gesondert veranlaßt werden müssen. Der Erhebungsplan ist in eingehenden Beratungen des Statistischen Reichsamts mit den statistischen Zentralstellen der Länder unter weitgehender gutachtlicher Mitwirkung von Sachverständigen aus Kreisen von Landwirtschaft, Industrie, Handel- und Verkehr, sowie von Vertretern der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und anderen Berufsorganisationen vorbereitet worden. Die statistischen Aufnahmen werden von den Landesregierungen bewirkt werden, die unmittelbare Ausführung der Zählung wird den Gemeindebehörden obliegen.

Vom hiesigen Straßenverkehr.

Dazu wird uns geschrieben: Nachdem die Polizeidirektion die „Gebote für den Straßenverkehr“ erlassen, an den Anschlagtafeln, in den Schulen usw. anhängen und bekannt machen ließ, kann man ruhig sagen, daß es in Karlsruhe, was die Ordnung im Straßenverkehr anbelangt, besser geworden ist. Man sieht nicht mehr so oft auf den Gehwegen auf Gruppen von Schwabachern ohne und mit Hosen auch die so gefährlichen Orangenschalen auf den Bürgersteigen sind etwas seltener geworden; berschanden wollen sie aber immer noch nicht. Nur in einer Hinsicht ist es in Karlsruhe beim Alten geblieben: Auf den Fenstern der oberen Stockwerke heraus werden, nach wie vor, auf die ahnungslosen Fußgänger von den putzenden Hausfrauen und Mädchen die Staublumpen, Tischtücher und Teppiche ausgeschüttelt; aus dem diesbezüglichen Verbote der Polizei machen diese rüchichtslosen Vertreterinnen des zarten Geschlechtes schon deswegen nichts weil sich die Polizei in dieser Hinsicht offenbar gar nicht mehr um Einhaltung dieser Vorschrift kümmert. Hier sollte von ihr aber auch nach dem Nechten gesehen werden.

Großhandelsindex der „Industrie- und Handelszeitung“. Der Großhandelsindex der „Industrie- und Handelszeitung“ hat in der Woche vom 28. 2. bis 6. 3. nur eine wesentliche Veränderung, nämlich von 140,85 auf 140,82 Proz. (minus 0,2 Proz.) erfahren. Eine Verringerung zeigen die Preise für Textilien (plus 1,7 Proz.) und die Preise für Getreide und Wehl (plus 0,3 Proz.). Geringe Senkungen erfahren die Gruppen Indergüter: Kohle, Eisen um 0,5 Proz., Güte, Felle um 1,2 Proz., Fleisch, Fisch um 1,1 Proz.

Reichsbahndirektion und Kriegsbeschädigte. Wegen der allenthalben bevorstehenden Entlassungen im Bereiche der Reichsbahn haben die Kriegsopfer-Organisationen und der Landesfürsorgeverband Verhandlungen mit der Reichsbahndirektion geführt. Dabei wurde festgestellt, daß von dem angeordneten weiteren Abbau von Arbeitskräften im Bereich der Reichsbahndirektion Karlsruhe Kriegsbeschädigte grundfährlich nicht betroffen werden sollen. Im schlimmsten Falle würde es sich um ganz wenige Schwerbeschädigte handeln. Es wird aber durch den Landesfürsorgeverband alles versucht werden, um für die Schwerbeschädigten, deren Arbeitsplätze aufgehoben werden müssen, andere Arbeitsplätze ausfindig zu machen.

Beschleunigung des Güterverkehrs bei der Reichsbahn. Die Frachttätigkeit bei der Reichsbahn im Nahverkehr ab Güterbahnhof Karlsruhe (Kriegstraße 3) ist wesentlich beschleunigt worden. Alle bis 5 Uhr nachmittags im Güterbahnhof hier ausgelieferten Frachttätigkeiten werden noch am gleichen Tage in besondere Wagen verladen und so beschleunigt befördert, daß sie am anderen Tage auf der Bestimmungsstation eintreffen. Dieser Nahverkehr erstreckt sich auf alle Stationen bis nach Mannheim, Bretten, Eppingen, Heilbronn, Pforzheim, Mühlacker, Raumbüsch und Offenburg.

Hohe Tat Betrunkener. Am Sonntag nachmittag gegen 6 Uhr wurde ein Radfahrer in der Nähe von Grünwinkel von drei Betrunklenen Personen überfallen, vom Rade gerissen und dieses zertrümmert. Ein Vorübergehender, der sich des Ueberfallenen annehmen wollte, wurde mit einem Revolver bedroht. Anzeige wurde erstattet. Zusammenstoß. Beim Ueberqueren der Kaiserstraße stieß am Montagabend ein aus der Ritterstraße kommendes Lieferungsauto mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Das Auto wurde stark beschädigt und mußte abgeschleppt werden. Personen wurden nicht verletzt. Unfall mit Todesfolge. Am Dienstag geriet ein 19 Jahre alter Schuhmacher von hier in einer hiesigen Holzhandlung unter einen umfallenden Balken, wobei ihm der Brustkorb eingedrückt wurde. Der Verletzte wurde in das Stadt Krankenhaus verbracht, wo er gestern abend 10 Uhr verstarb.

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes. Der Wirtschaftsstatistiker Richard Calmer berechnet nach seiner bekannten Methode die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie (Eltern und zwei Kinder) nach dem Stande der Lebensmittelpreise vom 7. März 1924 auf 34,5 gegen 33,99 RM. in der Vormonats, dies bedeutet eine Steigerung um 0,18 Proz.

Veranstaltungen.

Deutsche Siedlungen in der Slowakei. Durch die Loslösung Nordungarns und die Angliederung dieses Gebietes an die Tschechoslowakische Republik sind uralte deutsche Siedlungen zu neuem Leben erweckt worden, über die Schriftsteller A. Erben am Freitag, den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im großen Chemiehörsaal der Techn. Hochschule auch hier sprechen wird. Der Vortrag, welcher kurz den geschichtlichen Werdegang dieser deutschen Siedlungen darstellt, wird durch etwa 100 schöne Lichtbilder unterstützt, durch welche der Redner den Beweis führt, daß auch in der Slowakei fast alle größeren oder bedeutsameren Gemeinwesen auf deutsche Gründungen zurückzuführen sind. Im Anschluß daran berichtet der Vortragende noch über die gegenwärtigen Verhältnisse in der Slowakei, ihre kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse, ihre Arbeit und ihre Hoffnungen. Der Vortrag bietet Einblick in das Leben fast verloren gegangener deutscher Vorfahren, die jetzt wieder mit aller Kraft an der Wiedergeburt ihres Volkstums arbeiten. Karten im Vorverkauf zu 1.- Mk. bei Musikhaus Müller und Sporthaus Freundlieb.

Aneippereine Karlsruhe. Die Heilkraft des Wassers wird eigentlich von niemand bestritten. Das Wasser als Heil- und Hausmittel ist ja auch so uralt, so alt wie das Menschengeschlecht selbst. In welcher Weise stand die Wasserheilkunde doch schon bei den alten Römern? Im Mittelalter war sie leider mehr und mehr vergessen. Wägenz Prieknis, der große Grefenberg Wasserdoctor, hat die Wasserkur zu Anfang des vorigen Jahrhunderts der Vergessenheit wieder entziffen. Die von Prieknis gelegte Glut wurde aber erst so richtig entfacht mit dem Auftreten des schwäbischen Pfarrers Seb. Aneipp. Weltberühmt ist dieser große Volksarzt durch seine Kuren geworden. Das Volk immer mehr vertraut zu machen mit dem Wesen der Aneippkur, ist Aufgabe der Aneippereine. So findet am Donnerstag, den 12. März 1925, abends 8 Uhr, im kleinen Festhallaal der zweite öffentliche Lichtbildervortrag statt. Herr Sanitätsrat Dr. Scholz aus Bad Wörishofen spricht über die Heilkraft des Wassers und erläutert an Hand zahlreicher Lichtbilder die Aneippischen Kurmittel, ihr Wesen, die praktische Anwendung und physiologische Wirkung. Möge daher niemand veräunern, diese lehrreiche Veranstaltung zu besuchen; sie sind Bausteine für den gesundheitlichen Wiederaufbau unseres Volkes. Näheres siehe im Inseratenteil.

Vortrag über die sog. „Ersten Bilsdorfcher“. Da sehr großes Interesse für den Vortrag, sowohl des Themas als des ausgezeichneten Redners wegen, vorhanden ist, wird dringend angehalten, sich zeitig Plätze in den bekannten Verkaufsstellen zu sichern. Jede katholische Frau und jedes katholische Mädchen sollte es als Pflicht erachten, sich über die immer mehr überhandnehmenden Sekten, vorab über die Ersten Bilsdorfcher, die mit ihren Prophezeiungen über Weltuntergang und Rettung der Auserwählten die Menschen zu gewinnen suchen.

Mitteilungen des Bad. Landestheaters.

Landestheater. Das zweite Gastspiel der Mailänder Operntruppe „Galleria Lucciana“ und „Rajazzo“ am Donnerstag, den 12. d. M., bietet ebenso wie die Troubadour-Aufführung am 10. die Bekanntheit einer Reihe hervorragender Kräfte. U. a. Frau Dorini, die Interpretin der Nedda. Die Vorstellungen stehen unter Leitung von Maestro Egitto Rango, der jahrelang der Generalmusikdirektor von Gregor an der Römischen Oper in Berlin war und daher in Deutschland einen sehr guten Namen hat. Für Regie und künstlerische Leitung zeichnet Dr. Ernst Vert, Regisseur an der Mailänder Scala, früher Intendant der Städtischen Bühnen in Basel und Frankfurt.

Landestheater. Das Landestheater hat Vernards Schaus Dramatische Chronik in sechs Szenen und einem Epilog „Die heilige Johanna“, sowie das Spiel nach dem Chinesischen von Alabund „Der Freidreier“ zur hiesigen Erstaufführung nach für diese Spielzeit erworben. Die Vorbereitungen dazu sollen nach der Reueinführung von Goethes „Faust“ (weiterer Teil), die Anfang April stattfindet, beginnen. — Am Sonntag, den 15. d. M., gelangt in Abänderung des angekündigten Spielplans nicht Außers tomische Oper „Maurer und Schlosser“ zur Aufführung, sondern es gehen Wagners „Meisterfänger von Nürnberg“ in Szene, da an diesem Tage die Reichsbannertragung stattfindet und für die Reichsbannertragenden Mitglieder des Reichsbanners eine deutsche Oper zur Aufführung gelangen soll.

Karl Lang Kaiserstr. 167/1 Telefon 1073 Salamanderschuhhaus Günstige Bedingungen ermöglichen den Kauf eines erstkl. Pianos od. Harmonium

Eine glückliche Entdeckung.

Meine Freundin wollte mit ihrem Manne eine längere Reise machen und bat mich, da diebstahl in der Reiseszeit jetzt an der Tagesordnung sind, in ihrer Wohnung nach dem Rechten zu sehen. Natürlich war ich riesig froh, auf diese Weise für längere Zeit nach Berlin zu kommen und sagte mit Freuden zu. Als ich meine Freundin vor ihrer Abreise in Berlin sah, staunte ich, wie frisch und hübsch sie aussah. Sie erschien mir garnicht so erholungs- und reisebedürftig. Früher, als sie noch in meiner Heimat wohnte, war ihr Gesicht lange nicht so jugendlich reizvoll wie jetzt. Ich konnte es nicht begreifen, wie

sie in den Jahren, wo ich sie nicht gesehen hatte, jünger geworden sein konnte. Ich fragte, ob sie etwa ein Schönheitsmittel angewende? Sie verneinte!

Als meine Freundin und ihr Mann abgereist waren und ich in allen Zimmern Ordnung schaffte, interessierte ich mich natürlich besonders für ihr Toilettezimmer. Was fand ich da? Ein Köpflein Marhlan-Creme! Also doch!

Ich suchte weiter und fand ein dazugehörendes Büchlein über neue Schönheitspflege. Dieses Büchlein las ich und nun wurde mir mit einmalem klar, wo meine Freundin ihre Frische und ihr verjüngtes Aussehen herhatte. Was ich in dem Büchlein las, waren mir neue Dinge, zumal ich bisher allen ange-

priesenen Schönheitsmitteln zweifelnd gegenüber stand.

Ich müßte keine Was-Dochter sein, wenn ich die Wirkung der Marhlan-Creme nicht sofort an mir erprobt hätte. Ich war nicht wenig erstaunt über die sanfte Wirkung dieser wunderbaren Creme. Tag für Tag freute ich mich vor dem Spiegel, wie meine unreine Haut sich glättete und verjüngte, wie meine Wangeln und scharfen Züge zusehends verjüngten.

Als meine Freundin vor ihrer Reise zurückkam, waren ihre ersten Worte: „Gmnh, wie bist du schön geworden!“ Und ihr Mann sagte: „Tatfache fällt mir direkt auf!“ Ich schickte und sagte garnicht. Aber meine Freundin schenkte mir von Stunde an so etwas wie Eiferlucht zu empfinden.

Wie froh und zufrieden bin ich, durch diese glückliche Entdeckung „Marhlan-Creme“ kennengelernt zu haben. Jetzt möchte ich sie um keinen Preis mehr entbehren, nicht um alles in der Welt.

Da ich aber keineswegs so engherzig bin wie meine liebe Freundin, teile ich allen Damen (auch der Ferne welt, die ein hübsches, jugendfrisches Aussehen haben möchte) meine Entdeckung mit, und wünsche, daß jeder dies etnzugartige Mittel kostenlos probiert.

Schreibt als an den Marhlan-Vertrieb, Berlin 563 Friedrich-Strasse 18. Sogleich bekommt Ihr eine Probe Marhlan-Creme nebst hochinteressantem Büchlein über Schönheitspflege, beide kostenlos und portofrei. Ich weiß, daß Ihr mir im Stillen danken werdet.

Pfannkuch
Erbsen
 halbe, gelbe geschälte Pfd. 19 Pfg.
 ganze, gelbe geschälte Pfd. 28 Pfg.
 Gelbe
Riesen-Erbsen
 geschält Pfd. 44 Pfg.
 Norddeutsches
Rauch-Fleisch
 Pfund 1 70 Mt.
Pfannkuch
 Die... in...
 Karlsruhe, e. G. m. b. H.
 Wir haben auf 1. April 1. J. Gebelstr. Nr. 4, 4. Stock eine Wohnung von zwei Zimmern und Zubehör zu vermieten. Bewerbungen von Mitgliedern wollen bis Dienstag, den 17. März abends 6 Uhr im Büro erfolgen, wobei die Vermietung stattfindet. 1414 Der Vorstand.
Eisener-Reste-Geschäft
 Karlsruhe
 Viktoriastraße 10 III.
 Billige Preise nach Gewicht eingetroffen, ebenso Messer, Damast und Besteck. 490 Besuch lohnen.
la Bronze-Glocken
 Gebrüder Bachert
 Karlsruhe, Baden.



Grosser Sonder-Verkauf
Gardinen
Linoleum

Mittwoch, 11. März bis Dienstag, 17. März

Wir haben für diesen Sonderverkauf große Warenmengen bereitgestellt und bieten Ihnen eine vorteilhafte Kaufgelegenheit, für die Neuausstattung Ihrer Wohnung, für die Herrichtung von Zimmern, sowie für den Umzug.

Gardinen		Linoleum	
Künstler-Garnituren , 3-teil., aus weiß. Tüll. 6.75 4.90	3.90	Druck-Linoleum 200 cm breit fehlerfreie Ware	Reste
Etamin-Garnituren 3-teil., m. br. Einsatz u. Spitze 7.50 5.75	4.90	□ mtr. 3.40	2.90
Halb-Stores in englisch Tüll und Etamin 3.10 2.25	1.95	Linoleum-Läufer	
Madras-Garnituren dunkelgründig, breite Schals 11.50 8.90	24.50	60 cm 67 cm 90 cm 110 cm breit	
Madras-Garnituren 3-teilig, in neuester Ausmst. 11.50 8.90	6.75	Meter 2.40 2.65 3.65 4.65	
Vitragen vom Meter, in all. Breit. 0.80 0.60	0.48	Druck-Teppiche nur fehlerfreie Ware 200/300 cm	
Gardinen , Stückware, breite Ware, in allen erdenklichen Mustern 1.75 1.50	0.98	23.50 29.50	
Nessel farbig gestreift, sehr vorteilhaft zur Anfertigung von Gardinen	0.85	Inlaid-Teppiche schöne Perser-Muster 200/250 cm	
Großer Posten Bettstellen tadellose Ausführung, weiß lackiert, grünes Angebot.		40.— 50.—	
Einige Beispiele: 80/190 90/190 90/190 m. Fußbrett	24.50 29.— 32.—	Vorlagen-Druck 40x40 cm 45x65 cm 70x90 cm 70x120 cm	0.90 1.65 2.95 3.90
Matratzenschoner , beste Ausführung 12.50 8.75	6.50	Großer Posten Wachstuch prima Qualität, alle Farben vorrätig 85 cm 100 cm 115 cm brt.	2.20 2.60 2.95
		Wandschoner 1.20 0.90 0.45	

Dekorationen und Anfertigungen jeder Art
 werden geschmackvoll und billig angefertigt

Besichtigen Sie unsere Spezial-Schaukasten

Kostenl. Zustellung der gekauften Ware durch unser Auto

Knopf

Der Einkauf von Betten ist Vertrauenssache

Kindernettstellen
 in Holz und Metall
 18.50 24.— 27.— 30.— bis 58.—

Komplette Kinderbetten
 von Mk. 49.50 an von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung! Gut! Schön! Preiswert!

Bettenhaus Budidahl
 Kaiserstraße 104 Karlsruhe Nähe Hauptpost

100 Mt. verdienen Sie nicht. Dazu braucht's einen Monat oder doch einen halben!

Wenn Sie sich aber am Preisauschreiben des Badischen Beobachters beteiligen und Ihnen das Glück ein wenig hold ist, dann können Sie ausnahmsweise doch einmal diesen Verdienstförd erzielen. Lesen Sie unsere Bedingungen im Sonntagblatt! Nächster Tage werden wir sie noch einmal veröffentlichen.

Verlag des Badischen Beobachters.

Halt, Sie können Geld sparen!
 Sonderangebot auf Anzüge, Hosen, Konfirmanden- und Kommunikantenanzüge, Gummimäntel, Windjacken usw. bis zu 25% Preisermässigung

Badische Kleiderzentrale
 Zirkel 30 Karlsruhe Tel. 4120
 Gegenüber der Badischen Presse 1112

Selbständiger Bau- und Sitterschlosser
 in mittlere Schlosserei für sofort — auch später — für dauernd gesucht. 1260
 Offerten unter 1260 an die Geschäftsstelle

Linoleum!
 Große Auswahl! Billige Preise!
Fritz Merkel, Kreuzstraße 25
 Verlegerarbeit wird übernommen.

Photo's
 für Pässe, Fahrkarten und Offerten schnellstens 606
Rausch & Pester
 Photogr. Atelier
 Erbprinzenstraße 3.

Hausbatterin
 vereist in allem, mit besten Zeugnissen, sucht wegen Abnehmens ihres Prinzipals selbständige Stellung, möglichst in geistlichem Hause.
 Anfragen unt. 1420 an die Geschäftsstelle.

Ein Automobil Eine Villa Eine Equipage Ein Reitpferd
 können auch Sie sich sofort anschaffen, wenn Sie einen grossen Treffer in der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie (Staatslotterie) machen.
 Z. B. können Sie schon mit einem Einsatz von **Mk. 3.—** gleich in der Ziehung der 1. Klasse am 17. u. 18. April 1925 ohne Abzug **Mk. 10 000.—** gewinnen, was Sie sicherlich veranlassen dürfte, für sich und Ihre Familie den kleinen Betrag zu riskieren.
 Spielen Sie aber alle 5 Klassen durch (jeden Monat eine Klasse zu Mk. 3.—, so erhöht sich sogar Ihre Chance günstigenfalls auf 1404 **Mk. 100 000.—** (ohne Abzug) ganz abgesehen von den 194 998 anderen Gewinnen, die zur Verlos. gelangen.
 Die vorhergehende Staatslotterie war vollständig ausverkauft, aus welchem Grunde es ratsam ist, wenn Sie sich sofort eine Nummer bei mir sichern. Nach auswärts erfolgt prompter Versand.
 Badischer Lotterie-Einnehmer
Bernhard Goldarb, Karlsruhe.
 Eckerstrasse (im Laden des Herrenmodengeschäftes Josef Gold arb).
 Postscheckkonto Karlsruhe 19705

Berein für d. Deutschtum im Ausland
 Stadtausschuss f. Leibesübungen und Jugendpflege.

Freitag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr im Chem. Hörsaal der Techn. Hochschule
Lichtbildervortrag
 von **Herrn Schriftleiter Alois Erben, Pforzberg**
 über **Deutsche Siedlungen in der Slowakei.**
 Reinertrag zum Bau einer deutschen Turnhalle in Pforzberg.
 Karten zu 1.— im Vorverkauf bei Musikhaus Müller und Sporthaus Freundlich, Udenstraße Nr. 120. 1400
 Studierende und Schüler die Hälfte.

Colosseum
 Ab Mittwoch den 11. bis Montag den 16. März
Die vertagte Nacht

„Neue Pfalz“
 Heute Schlachtfest
 Prima Würstchen — Schlachtplatten
 Samstag, Sonntag
 Rippchen, Knöchel — Wöninger Bier
 Neelle Weine. 1396
 Rud. Meyers, Baummeisterstr. 34.

Pfannkuch
Linzen
 Pfd. 28 Pfg.
 Pfd. 42 Pfg.
 Pfd. 50 Pfg.
 Echte 1412
 Frankfurter
Würstchen
 3 Paar 1 20
Pfannkuch

Rohrstühle
 werden dauerhaft und billig gekocht.
 Hähel, Herrenstr. 60, III Hinterhaus.

Badisches Landestheater
 Mittwoch, 11. März
 Vorstellung 7
Minna v. Barnhelm
 Das Soldatengeld
 Aufspiel in 5 Akten von G. E. Lessing.
 In Szene gesetzt von Hellg. Baumbach.
 Besetzung:
 Major v. Zellheim Marnberger
 Minna von Barnhelm Meier
 Franziska Pflüger
 Fritz Bauer
 Paul Werner Baumbach
 Niccaut de la Maximier Franz
 Der Wirt Erhardt
 Eine Dame in Trakter Ermart
 Ein Feldjäger Sauer
 Diener des Bräutigams v. Schneider
 Anfang 7 Uhr
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Besetzung:
 Opernreg. 1. Abt. 487 M.

Die B... heute ein... durch da... anlaßt... teien in... statt. B... zung der... Ausschuss... Parteibe... Demokra... vertreten... Jarres f... feien, im... gelichen... Jarres a... die Dem... bürkerlich... Als... wurde... U u s s... m i n i... Demokrati... liegen er... solche Kar... während... rad nur... neuen Vo... sammenge... Zentrum... von Guere... schufes de... gerade inn... bräsident... parteivor... März vor... herigen S... fellos, da... März bot... doch der... zunächst... hierüber... verlegt, de... beantragte... ausschusses... trums bei... zugeben, d... Gebler für... feien, da... eine gemei... gen Partei... der Dinge... fr u h e r... schlage. S... dann Herr... ausschuss... des Löbello... der Löbello... Zentrum g... als stichhal... Der Ne... sem Bericht... sprache üb... jedoch kurz... da verschied... werden mu... des Reichst... Bedeutung... Reichsparte... feinem end... die Vertret... Deutschen... jedenfalls... über die K... ten, sonder... breiten zu... gen des V... partei wer... 10 Uhr... werden.
 Die Vorbo...
 Berlin, 1... Juener hat... Stimmlartei... den Reichsp... schließlich 23... meiter Wa... Stimmlisten... gung am 21... über Ort u... Gemeindefe... gegen die Z... Auslegungsf... nur, wer in... Absenseheit... Stimmberech... (alt- und ne...